Zeitschrift: Zeitschrift für schweizerische Geschichte = Revue d'histoire suisse
Band: 5 (1925)
Heft: 4

Artikel: Gallus Jakob Baumgartners Beziehungen zu Österreich
Autor: Winkler, Arnold
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-67848

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gallus Jakob Baumgartners Beziehungen zu Österreich.

Ein Beitrag zu seiner Biographie

von Arnold Winkler,
Professor der neueren Geschichte an der Universität Freiburg in der Schweiz.

III. Österreich auf der Suche nach einem Führer der katholisch-konservativen Schweiz.

Im Streit um die Aufhebung der Klöster im Kanton Aargau wurde, wie uns nunmehr bekannt, Gallus Jakob Baumgartner schon im März 1841 von der österreichischen Regierung unmittelbar in Anspruch genommen. Den damals eingeschlagenen Weg hielt er ein; auch auf der ordentlichen Tagsatzung desselben Jahres, die sich am 5. Juli versammelt hatte. Wieder trat Baumgartner energisch für die Aargauer Klöster auf und die zum April-Beschluß erzielte Mehrheit vergrößerte sich anfangs durch die Stimme Luzerns. Aber als Erfolg ließ sich nur das Angebot des Aargauer Großen Rates vom 19. Juli 1841 buchen, daß er drei Weiberklöster wiederherstellen wollte. Das Verhalten des St. Gallener Landammannes erntete gleich zu Beginn der Tagsatzung das Lob des österreichischen Gesandten Grafen Bombelles. «Geschmeichelt durch die Unterstützung», berichtete dieser unterm 8. Juli 1841 der Wiener Staatskanzlei, «die Baumgartnern bei den letzten [Mai-] Wahlen gewährt worden, trennt er sich mehr und mehr von seinen alten Verbindungen und will aufrichtig die Frage zugunsten der Katholiken und der gegenrevolutionären Partei lösen»[1]. Baumgartner hielt es für unmöglich, die Wiederherstellung aller aufgehobenen Klöster zu erzielen. Deshalb war er in den ersten Julitagen geneigt, sich mit dem Ersatz des Schätzungswertes der Güter von Muri und Wettingen an die

[1] W. St. A., Schweiz, Berichte, F. 275.

Katholiken Aargaus und der Wiederherstellung der übrigen Klöster zufriedenzugeben. Weil aber Österreich in dieser Taktik nur widerstrebend folgte und außer allgemein in der Verletzung der Bundesakte besonders in der Aufhebung von Muri sein Prestige gefährdet sah — Metternich forderte durch eine Weisung vom 29. Juli 1841 dringend die Einflußnahme des Grafen Bombelles in dieser Hinsicht — ging Baumgartner im August einen Schritt weiter und verlangte nebst den angebotenen drei Weiberklöstern noch die Rückgabe eines Kapuzinerklosters und der Abtei Muri; er war auch damals Mitglied der Spezialkommission. Die Tagsatzung wurde am 8. September vertagt. Denselben Tag ging von Wien an Bombelles eine Depesche ab, die der Muri-Frage eine von dem Gesandten selbst seinerzeit auch angeregte Lösung gab und sie nicht mehr als eine Hauptsache erscheinen ließ. Dadurch wurde eine neue Umstellung Baumgartners notwendig: Sein im «Erzähler» vom 24. September 1841 veröffentlichtes Gutachten erklärte nur die Wiederherstellung aller aargauischen Klöster als volle Genugtuung, redete also summarisch, gleich Österreich, der Bundesordnung das Wort. Metternich konnte umso straffer auf der Respektierung des 12. Artikels der Bundesakte, wodurch die Erhaltung der Klöster gewährleistet war, bestehen, da er sich wegen der mit Muri verbundenen dynastischen Interessen den Rücken gedeckt hatte; letzteren Umstand ließ er aber noch lange nicht in der Schweiz verlautbaren. Bombelles sprach in seinem Bericht vom 17. September 1841 die Hoffnung aus, die wieder zusammentretende Tagsatzung werde die Klösteraufhebung, die im April nur als unvereinbar mit der Bundesakte bezeichnet worden, endlich als nichtig erklären[2].

In St. Gallen traf Baumgartner auf starken Widerspruch gegen sein Auftreten in der Klösterfrage. Namentlich daß er die

[2] W. St. A., ebenda, ferner Schweiz, Weisungen, F. 300. — Al. Baumgartner S. J., G. J. Baumgartner, S. 184 ff., ist unvollständig über diese Dinge infolge lückenhafter Kenntnis der Tatsachen. Mit Recht weist er Wartmanns (A. D. B.) Motivierung der Haltung Baumgartners durch Widerspruchsgeist zurück, aber eine zureichende Begründung, besonders in Rücksicht auf Muri, kann er auch nicht geben. — Die Übernahme des Muri-Konventes nach Österreich erzähle ich eingehend in der Zeitschrift für schweiz. Kirchengeschichte (1926).

Abtei Muri forderte, die er kurz vorher preisgegeben, trug ihm den Verdacht der «Nebenrücksichten» ein[3]. Und die Majorität des Kleinen Rates einigte sich auf den Vorschlag, das Aargauer Juli-Angebot als hinreichend zu betrachten[4]. Da veröffentlichte der «Nachläufer zu Nr. 82 des Erzählers» (13. Oktober 1841) ein Schreiben, worin Baumgartner unterm 12. Oktober den Großen Rat um Entlassung aus dem Kleinen Rat ersuchte und das er doppelsinnig als «gewesener Landammann» unterzeichnete. Daß ihm die Opposition im Kleinen Rat in die Quere gekommen, deutete er höflich an durch die Wendung: er finde dort jene Bedingungen nicht mehr erfüllt, die er für gedeihliches Wirken in dieser Regierungsbehörde als unerläßlich ansehe. Ganz allgemein gehalten war der Satz: «Anderweitige Umstände machen mir den Austritt aus derselben zur Ehrensache», dessen tieferer Sinn aber nicht verstanden werden konnte. Der Große Rat ging auf das Demissionsbegehren nicht ein; er billigte im Gegenteil die Politik Baumgartners, betonte die Unannehmbarkeit des Aargauer Angebotes vom 19. Juli in jedem Fall und gab dem Gesandten Baumgartner Vollmacht, ein beliebig anderes Arrangement zu treffen, aber unbeschadet seiner Stimme für die Wiederherstellung aller Klöster. Kurz, Baumgartner behauptete durchaus den Kampfplatz.

Er hatte gleichzeitig mit dem Großen Rat den Grafen Bombelles von seiner Rücktrittsabsicht unter Hinweis auf die Stimmung im Kleinen Rat in Kenntnis gesetzt. Der österreichische Gesandte dürfte darüber nicht wenig betroffen gewesen sein. Immerhin bewahrte er Haltung und antwortete, er könne zwar aus der Ferne «die mehr oder weniger speziellen Gründe» für Baumgartners Entschluß nicht beurteilen, aber er verspreche sich von dem kühnen Schritt (démarche hardie) durch die gerechte Mißbilligung der gegnerischen Aufführung eine heilsame Wirkung. Für alle Fälle bat Bombelles, Baumgartner möge, einerlei ob als Landammann oder nicht, die Partie keineswegs verloren geben; denn es herrsche in der Schweiz mehr als jemals Not an Leuten

[3] Al. Baumgartner S. J., a. a. O., S. 187, Landammann Stadler an Baumgartner (August 1841).

[4] W. St. A., Bombelles an Metternich, 20. Oktober 1841.

seines Schlages und er dürfe bis zum letzten Augenblicke nicht an dem Triumph einer Sache nicht nur des Rechtes, sondern auch der wahren Interessen des gemeinsamen Vaterlandes verzweifeln. Baumgartner ließ darauf den Gesandten wissen, dieser möge versichert sein, daß alle seine Kräfte der Sache gewidmet blieben, der er «Herz und Geist geweiht» habe[5].

Das waren recht hübsche Worte. Die am 25. Oktober wieder zusammengetretene Tagsatzung konnte bei der Abstimmung am 2. November kein Ergebnis erzielen und vertagte sich auf unbestimmte Zeit. Nach St. Gallen zurückgekehrt, beharrte Baumgartner auf seiner Demission; eine Deputation des Großen Rates, die ihn am 12. November zur Zurücknahme des Begehrens bewegen sollte, stieß auf unüberwindlichen Widerstand. Die «Beilage zu Nr. 92 des Erzählers» (16. November) brachte den Brief Baumgartners vom 13. November an den Großen Rat: die endgiltige Demission. An seine Stelle trat der Kantonsrichter Joh. B. Müller aus Weesen, ein Mann der konservativen Richtung.

Eine politische Nötigung zum Rücktritt von der Regierung bestand für Baumgartner nicht. Seiner Ehre vergab er nichts, wenn er auf seinem Posten blieb. In seinem Kanton hatte er gesiegt und auch die Unentschiedenheit der Tagsatzung war schließlich nicht geringer zu bewerten. Die Differenzen innerhalb des Kleinen Rates hielt niemand für einen genügenden Grund; und daß solcher auch nicht im Großen Rat war, ergab sich daraus, daß die Majorität im konservativen Fahrwasser bleiben wollte. Die Schmähungen, womit ihn die radikalen Blätter der Schweiz als einen Überläufer, der sich von den Klöstern und fremden Regierungen erkaufen ließ, bewarfen, hätte Baumgartner, genug abgehärtet, mit Gleichmut ertragen können. Etwas vom Richtigen traf der Bregenzer Polizeioberkommissär Bernhart sicher, als er am 15. Oktober 1841 nach Innsbruck schrieb:

«Baumgartner ist ein mittelloser, aber besorgter Familienvater, der den bemerkten Schritt gewiß nicht ohne gute Berechnung für seine künftige Existenz gemacht hat. Je verwickelter sich die Verhältnisse der Schweiz gestalten werden, desto fühl-

[5] W. St. A., Bombelles an Metternich, 20. Oktober 1841.

barer wird nicht nur dem Kanton St. Gallen, sondern auch andern Mitständen sein Austritt werden, so, daß sich ganz sicher bald wieder eine mächtige Partei für ihn bilden, und er dadurch wieder in den St. Gallischen Staatsdienst geführt werden wird. Daß Baumgartner in dieser Voraussichtsrechnung resignierte, bin ich des festen Glaubens.

« Daß dermalen die radikale Partei, nach der Gesamtschweiz genommen, viel mächtiger ist als ihre Gegenpartei, läßt sich nicht verkennen. Allein es stellt sich aber auch immer mehr das allgemeine Erkenntnis heraus, daß die Radikalen am allerwenigsten zu regieren verstehen. Es wird ebenso sehr der gemeinen als wie der bessern und bemittelten Volksklasse immer klarer, daß das Regieren der Radikalen nur dahin gehe, alles ohne Rücksicht auf Recht oder Unrecht, auf Wohl oder Weh anderer an sich zu reißen, was ihre Erhaltung zu begründen vermag; daher überall, wenn auch nicht immer offen, doch im Stillen ein Mißkredit gegen ihr Regieren besteht.

« Daß Baumgartner auch nach seinem Austritte aus dem Kleinen Rat eine große Partei für sich behalten werde, ist ganz sicher. Bei seiner bekannten Geschicklichkeit und Gewandtheit wird es ihm umso mehr ein Leichtes sein, solche zu verstärken, weil er nach Niederlegung seines Dienstes viel freier handeln kann, als wie als Angestellter der Kantonsregierung, als welcher er manchen Rücksichten nicht selten unliebsame Rechnung tragen mußte. Daß Baumgartner jemals zur radikalen Partei wieder zurücktreten werde, ist durchaus nicht anzunehmen. Er wird stets der mächtigste Bekämpfer des Radikalismus sein »[6].

Ohne Zweifel war es für Baumgartner, trotz seines Ableugnens, ein Grund für den Rücktritt, daß er sich im Innersten für unentbehrlich hielt, daß er seine Feinde durch Schaden klug werden lassen wollte. Dieser Meinung scheint auch Bombelles gewesen zu sein. Aber es war nicht der ausschlaggebende Grund. Baumgartner war einsichtig genug, nicht bestimmt mit seiner Unentbehrlichkeit zu rechnen, und durfte als vermögensloser Familienvater schon gar nicht darauf seine Zukunft bauen. Das

[6] W. P. A.. F. 1562/1841. No. 947.

Hauptmotiv war, daß er sich schon im März 1841 entschlossen hatte, St. Gallen zu verlassen und sich in der Fremde eine Existenz zu schaffen. Dazu glaubte er die Hände frei haben und von der Geschäftsleitung abtreten zu müssen. Doch davon wird später zu erzählen sein. Wenn wir diesen Grund kennen, dann wird es sich uns als ganz ehrlich gemeint darstellen, daß Baumgartner am 13. November zu Landammann Stadler sagte, er spekuliere auf keine politische Veränderung und wolle nur Ruhe [7].

Baumgartners Verzicht auf die Leitung seines Kantons war für die österreichische Regierung, deren Verlegenheit durch die Widerhaarigkeit Aargaus wuchs, ein harter Schlag. Aber Prophezeiungen wie die Bernharts und anderer, die Metternich sofort zugingen, ließen die Lage nicht als hoffnungslos ansehen. Wir wissen heute freilich, daß damals die Rede vom baldigen Abwirtschaften des Radikalismus ein frommer Wunsch war. Metternich und die Seinen durften nach allen Meldungen diesfalls wenigstens Erwartungen hegen. Und daß sie mit Baumgartner noch immer als einem mächtigen Manne rechneten, wie es ja auch Bombelles tat, war ganz begründet. Daß Baumgartner auf seine schweizerische Macht gern zugunsten einer österreichischen Anstellung verzichten wollte und darum eigentlich nur mehr mit halbem Herzen bei der Sache war, wurde von Metternich und Bombelles zwar ins Kalkül gezogen, aber etwas später und ohne daß sie die Mittel hatten, diesem Übelstand wirksam zu begegnen.

Das Wiener Kabinett gedachte den gewesenen Landammann von St. Gallen nun erst recht großzügig zu verwenden. Dabei war ein schon seit Beginn der Klösterfrage festgehaltener Gedanke maßgebend. Weder dem Grafen Bombelles noch dem Staatskanzler entging es, wie sehr die allgemeinen Zustände in der Schweiz einer Kräftigung der Parteien zustrebten und die Scheidung der Geister sich gerade an der Klösterfrage vollzog. Bombelles vor allen sah, daß die Stellung der Konservativen sich offenbar ungünstig anließ gegenüber den Radikalen. Daran war hauptsächlich der Mangel eines Führers schuld. Während die radikale Partei dermalen so ziemlich vom Elan des Berner Schult-

[7] Al. Baumgartner S. J., a. a. O., S. 193, in autobiographischen Aufzeichnungen seines Vaters.

heißen Neuhaus mitgerissen wurde, fehlte auf der konservativen Seite ein Mann, der den Massen die nötige Stoßkraft verleihen konnte. Österreichs Einfluß in der Schweiz stand und fiel mit dem konservativen Prinzip; darüber gab sich Bombelles keiner Täuschung hin. Das konservative Prinzip hatte jedoch an der Klösterfrage seine Macht zu erweisen. Wollte nun die österreichische Regierung sich künftig mit Erfolg in schweizerische Dinge mischen, dann mußte sie, nach der Überzeugung des österreichischen Gesandten, der katholisch-konservativen Partei zum Sieg verhelfen. Das konnte freilich nur geschehen, wenn sie dieser Partei einen Führer gab, der Instruktionen aus Wien annehmen wollte.

Es ist kein Wunder, daß sich zu diesem Zwecke das Augenmerk des Grafen Bombelles schon frühzeitig auf Baumgartner richtete, zumal dieser selbst dazu den Anlaß gab. Unterm 30. Mai 1841 schickte Baumgartner dem österreichischen Gesandten eine Denkschrift, worin er die Schweizer Parteiverhältnisse behandelte und zu dem Schluß kam, daß die Schweiz ihr Heil unter der ausschließlichen Herrschaft keiner der zwei extremen Parteien, der Radikalen und der konservativen Katholiken, finden werde. «Aber die dritte Partei, auf die Herr Landammann Baumgartner anspielen zu wollen scheint», schrieb Bombelles unterm 4. Juni 1841 an Metternich, «existiert sie? Und wenn sie, wie ich überzeugt bin, nicht existiert: wird es unter den gegenwärtigen Umständen leicht sein, sie zu bilden? Darum dreht sich die ganze Frage und es wird der Mann fehlen, der zu hervorragenden Talenten die allgemeine Beistimmung fügen kann, um sie aufzulösen. Nun, diesen Mann gibt es nicht in der Schweiz; diese Tatsache ist ebenso ärgerlich wie gewiß»[8]. Baumgartners Anregungen waren nämlich auf die Bildung einer politisch friedlichen Partei gerichtet, in der sich Katholiken und Protestanten als zwei Gruppen zusammenfinden sollten. Merkwürdig richtig beurteilte Bombelles dieses Projekt, mit dem Baumgartner später auch wirklich Schiffbruch litt.

---

[8] W. St. A., Gesandtschaftsarchiv Bern 1841. — Baumgartners Denkschrift ist nicht erhalten; ihr Inhalt ergibt sich aus dem Bericht.

Metternich betrachtete gleichfalls Baumgartners Idee, die Schweiz «mit einer Partei des juste-milieu pazifizieren und leiten zu wollen», wofür die Elemente vollkommen fehlten, als eine Chimäre[9]. Er glaubte ebenso wie Bombelles, daß nur mit der bereits vorhandenen katholisch-konservativen Partei etwas erreicht werden könnte. Indes hatte Österreichs Vertreter in der Schweiz gut im Gedächtnis behalten, daß Baumgartner von der Bildung einer Partei und mittelbar von deren Führung gesprochen; wenn er auch den Gedanken an eine neue Partei ablehnte: wo er einen Führer suchen sollte, ließ er sich gesagt sein. Als Bombelles unterm 17. September 1841 wieder einmal das Schicksal Muris in einem Bericht an Metternich besprach, meinte er mit deutlicher Beziehung auf Baumgartner, daß an der Spitze der katholisch-konservativen Partei in der Schweiz ein Mann von «wohl überlegter Kühnheit» stehen müßte[10]. Und im Berichte vom 20. Oktober 1841 sprach er es ganz offen aus, daß so ziemlich alles gewonnen wäre, wenn Baumgartner die Führung auf katholischer Seite übernehmen wollte. Er wünschte, daß dabei die konservativen Protestanten sich mit den konservativen Katholiken vereinigten, und war demnach der Baumgartnerschen Idee doch sehr nahegekommen; Bombelles verlangte im Oktober fast dasselbe, was der Landammann im Mai angeregt hatte. Ein prinzipieller Unterschied bestand insofern, als Baumgartner das kämpferische religiöse Moment ausgeschaltet wissen wollte — das hätte eben den Charakter des juste-milieu verursacht — während Bombelles solcher Ausschaltung mit keinem Wort gedachte, wenn er auch bedauerte, daß «die Kraft, die dem Katholizismus die ewige Wahrheit seiner Prinzipien und seine Einigkeit geben, dem protestantischen Teil der Schweiz Blessuren verursacht hatte, die seine krankhafte Empfindlichkeit im höchsten Grade erregten»[11].

Die Ansicht des Grafen Bombelles wurde von Metternich sofort aufgegriffen. Noch gehörte der gewesene Landammann dem Großen Rate St. Gallens an, noch hatte er nicht alle Brücken

[9] W. St. A., Metternich an Bombelles, 19. Juni 1841.
[10] W. St. A., Schweiz, Berichte, F. 276.
[11] Ebenda; vgl. hiezu auch den Bericht vom 17. September.

zu den Liberalen abgebrochen, wurde aber schon von den Konservativen als starker Helfer angesehen. Wenn Baumgartner anscheinend ganz aus freien Stücken sich zum Bannerträger des konservativen Katholizismus machte, dann ließ sich wohl erwarten, daß seine Werbekraft und Vertrautheit mit den radikalen Waffen einen Umschwung der Lage hervorrief. Der Staatskanzler nahm die notwendig eindeutige Prägung vor, indem er die Idee, «die ganze katholisch-konservative Partei (tout le parti catholique et conservateur) unter der Fahne des gewesenen Landammanns von St. Gallen zu vereinigen», billigte. «Ich meinerseits denke auch wirklich», ließ er unterm 3. November 1841 an Bombelles schreiben, «daß diese Idee im Augenblick der gegenwärtigen Krisis die einzig praktische ist, zumal nicht nur ihre Verwirklichung das einzige Mittel ist, die zwei Nuancen: der absoluten Forderungen [nach Wiederherstellung aller Klöster im Aargau] und der zulässigen Konzessionen, in einem Bunde zu vereinigen, dessen kein Teil für sich jemals etwas erreichen kann; dann aber auch, weil mir der katholischen Partei eine einsichtsvolle und tüchtige Leitung zu fehlen scheint, die sie von falschen Schritten abhalten könnte. Nichts wird gefährlicher sein können als eine falsch berechnete Schilderhebung der Katholiken, denn wir werden unfehlbar die Szenen im Freienamt vom letzten Jännermonat [1841 Ursache der Klösteraufhebungen] sich in einem viel stärkeren Grade wiederholen sehen. Und ich zweifle gar nicht, daß das der Punkt ist, wo Herr Neuhaus und seine verabscheuenswerte Partei, geschützt durch materielle Kraft, ihre Gegner haben wollen». Deshalb sollte Bombelles nach Kräften an einer Annäherung zwischen Baumgartner und den markanten Männern der katholischen Partei arbeiten [12].

Metternich hielt nur die schon vorhandene extreme Partei der Katholisch-Konservativen für fähig, ihre Ansprüche mit Erfolg zu vertreten und einen Bürgerkrieg zu vermeiden. Zwar hatte diese Partei noch keine feste Gestalt als «Schutzbund der bundestreuen Stände», aber den ersten Schritt dazu hatte bereits die Konferenz zu Brunnen am 11. Oktober 1841 getan, von der Bombelles unterm 20. Oktober meldete, daß sie ein Komitee

[12] W. St. A., Schweiz, Weisungen, F. 300.

beauftragt habe, «über die Sicherheit der zusammengetretenen Kantone (Cantons unis) zu wachen und sie in Stand zu setzen, einem ungerechten Angriff zu widerstehen». Es war somit ganz begreiflich, daß der Staatskanzler in jener Partei eher eine politische Macht sah als in einer noch gar nicht bestehenden, doch voraussichtlich recht verschwommenen konservativen Vereinigung, die nirgends eine feste Stütze haben konnte. Den Wunsch, daß sich den konservativen Katholiken im Interesse des verbrieften Rechtes auch die konservativen Protestanten anschlössen, hatten nicht bloß Bombelles und Metternich, sondern auch die Führer des Sonderbundes bis zum Kriegsende; befolgten doch die radikalen Protestanten gegenüber den radikalen Katholiken dasselbe System, nur mit weit mehr Glück. Gewiß, der im Werden begriffene Sonderbund fand kaum Anhänger unter den konservativen Protestanten, weil er das religiöse Moment in den Vordergrund stellte; aber wäre das nicht geschehen, dann hätte er sich wahrscheinlich nicht bilden können. Kurz, Fehler waren in der politischen Rechnung unvermeidlich, doch durfte ein Friedensdiktat oder eine «Pazifikation» am ehesten von einer realen Macht erwartet werden.

Daß Baumgartner, der sich bis dahin stets als ein Rechner mit Wirklichkeiten gezeigt hatte, auf einen bezüglichen Wunsch der Staatskanzlei eingehen würde, schien nicht bezweifelbar. Bombelles war darüber, was er im Interesse seines Vorschlages zu tun hatte, unterrichtet. Natürlich mußte auch in diesem Falle jede Möglichkeit, Baumgartner jemals das direkte Einverständnis mit Österreich seitens einer der zwei Parteien nachweisen zu können, sorgfältig vermieden werden. Metternich schlug nun noch einen andern Weg ein, um ganz sicher ans Ziel zu gelangen. In den ersten Jännertagen 1842 verfaßte Hofrat Baron Werner folgendes Schriftstück:

«Offenbar befindet sich heute die Aargauer Klostersache in einer höchst bedenklichen Lage. Zwar bestehen die Tagsatzungsbeschlüsse, kraft welcher die Klösteraufhebung im Aargau als im Grundsatze mit dem Bunde unvereinbar erklärt, und, bis zum Austrag der Sache, die Erhaltung des Status quo rücksichtlich der Klostergüter anbefohlen wurde — in unbestrittener

Rechtskraft: bis jetzt konnte aber zur faktischen Verwirklichung des obigen Grundsatzes nicht das Mindeste geschehen; und das Gebot der Aufrechterhaltung des Status quo wird inzwischen von der Aargauer Regierung tatsächlich immerfort überschritten.

« Unterdessen gehen in den einzelnen Kantonen die Machinationen der Neuhaus'schen Partei zum Behufe des Umsturzes der bisherigen Majoritäten, und dies nicht ohne Erfolg, ihren Gang vorwärts: und es kann daher wohl der Besorgnis Raum gegeben werden, daß auf diese Weise bis zum Zusammentritt der nächsten Tagsatzung, einerseits das Klostergut im Aargau gänzlich zersplittert, und andererseits eine Majorität von Kantonen gefunden sein wird, die die aargauische Gewalttat zu sanktionieren sich herbeiläßt.

« Das nächste Schicksal der Schweiz ist alsdann nicht zweifelhaft. Die gänzliche Unterjochung des Landes seitens des radikalen Despotismus in politischer — und der Verlust der Kirchenfreiheit und des Kirchengutes für die Katholiken der Schweiz in religiöser Hinsicht, werden die unausbleiblichen, beklagenswerten Folgen des dergestalt vorbereiteten Sieges der Neuhaus'schen Partei sein.

« Nur wenn sich die Katholiken der ganzen Schweiz noch zur rechten Zeit zu ermannen, und im Verein mit der konservativ-protestantischen Partei für ihr gutes Recht mutig einzustehen wissen, kann es ihnen noch gelingen, den sie bedrohenden Schlag abzuwenden.

« Hiezu gehört aber, daß man ihnen in ihrer gegenwärtigen, begreiflichen Niedergeschlagenheit und Erschlaffung wieder Mut gebe, ihnen Tätigkeit einflöße; und daß eine kluge Leitung sie den Weg führe, der sie allein das Ziel erreichen machen kann. Wie aber zu beiden Erfordernissen, zum tätigen Mut und zur weisen Führung, gelangen?

« In ersterer Beziehung gibt es e i n e Stimme, die, zur gegebenen Zeit sprechend, auf das katholische, gläubige Volk der Schweiz noch einen tiefen Eindruck zu machen geeignet ist: nämlich jene des Oberhauptes der Kirche. Groß würde allerdings die Wirkung eines päpstlichen Breves an die Bischöfe der Schweiz, oder einer päpstlichen Allokution sein, in welcher der heil. Vater, das traurige Schicksal der Katholiken im Aargau nach Gebühr

schildernd und beklagend, alle ihre Brüder in den übrigen Kantonen der Schweiz bäte und beschwörte, sie im Unglücke nicht zu verlassen, und in den einem freien Volke durch die Bestimmungen seiner Verfassungen vorgeschriebenen Wegen, der alle Rechte sichernden Bundesakte Geltung zu verschaffen.

« Wallis, der katholische Teil von St. Gallen und von Graubünden würden durch solche, von dem Stuhle Petri erschallende Worte wohl leicht in den früher gefaßten, und nur jetzt wieder wankend gewordenen Entschlüssen bestärkt, Solothurn und Tessin aber wohl dahin gebracht werden, ihren jetzigen Zwingherrn zum Trotz, der katholischen Stimmung der Bevölkerungen Gehör zu verschaffen.

« Neben diesen, allerdings offenkundigen Vorteilen eines solchen Schrittes seitens des Papstes bestehen aber auch Gefahren. Die durch die päpstlichen Worte erregte Exaltation der Gemüter in den katholischen Landesteilen der Schweiz kann sie leicht auf Irrwege und zu materiellen Exzessen verleiten, die der Gegenpartei die erwünschte Veranlassung zur materiellen Repression gewähren würden. Andererseits steht zu befürchten, daß die katholische Aufregung eine ähnliche Reaktion in den protestantischen Landesteilen hervorbringen, und dadurch wieder, auf dem protestantischen Gebiete, und unter der dortigen konservativen oder wenigstens passiven Partei dasjenige verloren gehen möchte, was durch die höhere Erregung auf dem katholischen Gebiete gewonnen worden wäre. Ob nun bei einer solchen Maßregel wie die in Rede stehende, die Vor- oder die Nachteile die Wagschale sinken machen werden — dieses wird allerdings viel von dem eigenen Benehmen der Katholiken abhängen: und dieses führt uns auf die Betrachtung des zweiten Erfordernisses eines guten Erfolges, nämlich einer klugen Leitung der katholischen Partei.

« Diese hat ihr bis jetzt gefehlt. Während die Radikalen, in geschlossener Phalanx, und unter diktatorischer Anführung des Schultheißen von Bern auf die Wälle des alten schweizerischen Rechtes anstürmten, gingen die Verteidiger desselben, in diesem ihrem verdienstlichen Werke, vielfach auseinander. Einen Weg schlugen die Urkantone — einen andern schlug Luzern — einen

dritten wieder die Kantone von lauerer Färbung ein; und das Resultat liegt vor Augen. Dieses muß durchaus anders werden, will man noch mit einiger Hoffnung des Erfolges den schon halb siegreichen Radikalismus bekämpfen. Fest im Willen vereint, und vollkommen übereinstimmend in der Auswahl der Mittel müssen die Katholiken der Schweiz dem übermütigen [gestrichen: Gegner] Feinde entgegentreten. Hiezu gehört aber eine kräftige Hand, welche die Gemüter zu dem rechten Entschlusse zu leiten, stark, und ein politischer Kopf, welcher den Plan des Feldzuges zu entwerfen und auszuführen, klug genug sei.

« Unserer Überzeugung gemäß gibt es in der Schweiz zur Ausführung dieser Rolle nur einen mit den gehörigen Eigenschaften ausgerüsteten Mann, und dieser Mann ist der gewesene Landammann von St. Gallen.

« Ob und in wie weit er zur Übernahme des allerdings nicht leichten Geschäftes geneigt sei, wissen wir nicht. Das aber wissen wir, daß er ein aufgeklärter und treuer Freund seines Vaterlandes ist; und jedenfalls wird er daher als solcher nicht verschmähen, uns, die wir mit ihm in Grundsätzen und Gefühlen vollkommen übereinstimmen, über folgende Fragen Licht zu verschaffen:

« 1. Glaubt Hr. Baumgartner, daß eine offene Erklärung des päpstlichen Stuhles an die Katholiken der Schweiz in diesem Augenblicke nicht nur von Erfolg auf [gestrichen: die Katholiken selbst] unsere Glaubensgenossen (was wohl nicht zweifelhaft sein kann), sondern auch insoweit gefahrlos sein würde, daß sie weder zu schädlichen materiellen Kraftäußerungen bei den Katholiken, noch zu einer gefährlichen, den Vorteil überwiegenden Reaktion unter den Protestanten Anlaß gäbe?

« 2. Wie müßte, nach Hn. Baumgartners Meinung, eine solche Erklärung etwa abgefaßt sein, um einerseits das katholische Gefühl zu heben und zur legalen Tätigkeit anzuspornen, ohne andererseits das protestantische Gefühl zu verletzen und zum Religionshaß anzuflammen?

« 3. Ist Hr. Baumgartner bereit, aus Liebe zum Vaterlande und zur guten Sache die Leitung der katholischen Partei zu

übernehmen, wenn es gelingen sollte, dieselbe zur Annahme dieser Leitung zu bewegen?

«4. Welche Hilfe könnte Hn. Baumgartner nach seiner Ansicht zu diesem Behufe von Seite des Auslandes geleistet werden? Unseren Einfluß in der Schweiz sowohl, als bei den mit uns befreundeten Höfen [gestrichen: zu denen wir in der vorliegenden Frage unbedingt auf Frankreich zählen können] würden wir ihm, soweit er ihn für nützlich hält, gerne zu Gebot stellen»[13].

Übertriebene Hoffnungen auf die Gewalt des Rechtes der katholisch-konservativen Partei in der Schweiz und deren Energie hegte also Baron Werner und mit ihm Metternich schon an der Wende 1841/42 nicht; aber es war noch viel von dem Wirken eines Parteiführers zu erwarten. Etwas stark scheint das Lob, das Baumgartner hier von der österreichischen Regierung erntete; doch dafür hatte er sich bedingungslos in deren Hände begeben. Die Frage, ob Baumgartner unter Österreichs Ägide katholisch-konservativer Führer werden wollte, war kaum anders als rhetorisch gemeint; daß der gewesene Landammann sein persönliches Heil dermalen von Österreich abhängig machte, wußte Baron Werner ganz genau.

Das Schriftstück wurde in Reinschrift nicht im gewöhnlichen Aktenformat, sondern als halbbrüchig geschriebener Privatbrief auf Kleinquart-Postpapier ausgefertigt und von Metternich unter dem Datum: Wien, den 8. Jänner 1842, gezeichnet. Dieser Vorgang war in der Wiener Staatskanzlei gebräuchlich bei ganz geheimen und kompromittierenden Sachen. Um eine solche handelte es sich auch hier. Denn nicht als Vortrag für Metternich war Werners Schrift verfaßt, sondern als mittelbarer Brief an Baumgartner.

Zum Zwecke völliger Geheimhaltung der Angelegenheit vermied die Staatskanzlei den Weg durch die Berner Gesandtschaft, wo ohnedies Bombelles in derselben Sache seinen eigenen Weg suchte, und Metternich ließ, gleichfalls unterm 8. Jänner und nach Werners Konzept, mit Beilegung jener Schrift ein besonderes Ansuchen[14] dem Grafen Klemens Brandis senden, der seit April 1841

[13] W. St. A., Provinzen, Tirol, F. 11. Konzept und Reinschrift. Die Orthographie habe ich modernisiert.

[14] Ebenda.

Landesgouverneur in Tirol und Vorarlberg war. Der Graf sollte ein Geschäft «ebenso delikater als wichtiger Art» besorgen. Er kenne ohne Zweifel, schrieb Metternich, «in ihrem vollen Umfange die mißliche Lage, in welcher sich dermalen die katholisch-konservative Partei in der Schweiz befindet, und aus welcher ihre gänzliche Unterdrückung erwachsen muß, wenn durch die definitive Sanktionierung der Aargauer Gewalttat der Neuhausischen Faktion der Sieg wirklich in Händen bleiben sollte». Dem hohen Staatsinteresse Österreichs an rechtzeitiger Hilfe für die Schweizer Katholiken könne die wesentlichsten Dienste «den zuverläßlichsten Nachrichten zufolge» durch Rat und Tat «der talentvolle und schon auf den letzten Tagsatzungen als Verteidiger der Katholiken aufgetretene vorige Landammann von St. Gallen, Herr Baumgartner, leisten». Und nun betonte Metternich: «Mit ihm über die Mittel zu dem uns gemeinschaftlichen Zwecke ein vertrautes Einvernehmen zu pflegen, ist für mich heute sonach Bedürfnis geworden». Die nötige Besprechung mit Baumgartner sollte im tiefsten Geheimnis eingeleitet und durchgeführt werden; denn «es ist offenbar, daß jede Spur, welche die radikale Partei von seinem Einverständnisse mit Österreich gewinnen könnte, ihn in der öffentlichen Meinung in der Schweiz zugrunde richten und für immer untauglich machen würde, der guten Sache mit Erfolg zu dienen». Als den Mittelsmann schlug Metternich den Kreishauptmann v. Ebner zu Bregenz vor, der mit Baumgartner im freundschaftlichen Verkehr stand. Ebner oder jemand sonst, den Graf Brandis wählen mochte, sollte sich um eine Unterredung mit Baumgartner bewerben, diesem das durch Metternichs Unterschrift zum Kreditiv gemachte Schriftstück zeigen und ihn bitten, es aufmerksam zu lesen. Dabei durfte der Mittelsmann das Papier «nicht aus der Hand geben oder Noten aus demselben nehmen lassen». Er hatte hierauf «Herrn Baumgartner unter erneuerter Zusicherung des ihm von Seite des k. k. Hofes gewidmeten ausgezeichneten Vertrauens und einer unverbrüchlichen Diskretion zu ersuchen, sich über die ihm gestellten Fragen möglichst ausführlich und bestimmt zu äußern». Wenn es anging, sollte Baumgartner die Antworten gleich in die Feder diktieren. Metternich schärfte ausdrücklich ein, im Interesse des Alt-Landammanns die

Tatsache, daß die Unterredung mit einem «österreichischen Abgesandten» stattfand, geheim zu halten.

Das Unternehmen wurde pünktlich durchgeführt. Am 11. Jänner antwortete Graf Brandis dem Staatskanzler, daß er ohne Bedenken dem Kreishauptmann v. Ebner die entsprechenden Aufträge erteilt habe, und schon am 17. Jänner 1842, abends 10 Uhr, erstattete v. Ebner dem Landesgouverneur Bericht[15]. Er hatte mittelst eines Privatbriefes den Alt-Landammann von St. Gallen unter Freigabe von Ort, Tag und Stunde um eine Unterredung gebeten; gleichfalls durch einen Privatbrief hatte sich Baumgartner bereit erklärt, am 17. Jänner mit dem Dampfschiff nach Lindau zu kommen und dort zwei Stunden zu verweilen, dann aber mit dem rückfahrenden Dampfschiffe nach Rorschach zurückzukehren. So wurde die Reise ganz unauffällig gemacht. Die Zusammenkunft fand statt und Baumgartner diktierte seine Antworten dem Kreishauptmann. Unterm 19. Jänner ging der Bericht aus Innsbruck an die Wiener Staatskanzlei ab. Was Baumgartner diktiert hatte, lautete:

«Antwort auf die Frage 1: Eine Einwirkung des päpstlichen Stuhls auf die günstige Lösung der Klosterfrage könnte in doppelter Form stattfinden. Einmal in der üblichen diplomatischen; oder aber in rein kirchlicher. Eine Einwirkung erster Art ist bereits versucht worden[16]. Ihrer Natur nach blieb sie indes ohne Erfolg; weil die große Mehrheit der Stände sich zwar als Kontrahenten unter sich, nicht aber gegenüber dem h. Stuhle ansehen. Eine Wiederholung würde den Stand der Dinge in keiner Weise zu ändern vermögen. Von mehr Einfluß könnte allerdings eine unmittelbare Anregung des päpstlichen Stuhles zu Handen der katholischen Glaubensgenossen sein. Die Frage: welches dieser Einfluß wäre, ist kaum schwer zu entscheiden. Sie würde zwar alle der Wiederherstellung der Klöster geneigten Stimmen in ihrer Ansicht bekräftigen; die zahlreichen Gegner aber in noch ungemessenern Eifer versetzen, und überdies alle Lauen in deren Lager jagen. Vom Momente an, in welchem die Angelegenheit der Klöster als kirchliche betrieben wird, ist

[15] W. St. A., a. a. O., Originalberichte.

[16] Note des päpstlichen Nuntius Gizzi vom 21. Jänner 1841.

ihre Wiederherstellung unmöglich. Der Protestant stellt dem klagenden, wenn auch in seinen innersten Gefühlen verletzten Katholiken keine Klöster her. Einzig kann der Bürger angesprochen werden, dem Bürger Recht zu halten, d. h. eine rein politische Behandlung der bewußten Angelegenheit ist die allein möglicherweise zum Ziele führende. Diese Ansicht dürfte selbst dann auf richtiger Erfassung der Umstände beruhen: wenn keinerlei ungewöhnliche Parteiung die Schweiz in Aufregung erhielte. Von doppeltem Gewichte aber ist sie, da eben das Gegenteil besteht. Noch bevor Gelegenheit zur Beantwortung dieser Frage sich darbot, hat der Antwortgeber schon im Sinne der soeben ausgesprochenen Überzeugung handeln zu sollen geglaubt; indem er Personen von Einfluß in katholischen Kantonen alles Ernstes ermahnte, dem Klosterstreit so viel tunlich alle kirchliche Färbung zu nehmen, und ihn auf die einfache Frage zurückzudrängen: Recht oder Unrecht; Bund oder Willkür?

«Antwort zur 2. Frage: Wenn gleichwohl aus überwiegenden Gründen, welche die oben geäußerte Meinung als weniger stichhaltig erblicken ließen, ein direkter oberkirchlicher Einfluß auf die Lösung der Klosterfrage versucht werden wollte: so wäre es höchst zeitgemäß, daß derselbe die so zarte Beziehung zu der protestantischen Bevölkerung in der schonendsten Weise berücksichtige, dem Prinzipe des Friedens selbst das Wort rede, und jeglicher Störung desselben sich ganz und gar fremd erkläre.

«Note: Zur Bekräftigung von 1 und 2 dient die erweisliche Tatsache, daß das hirtenämtliche und gemeinsame Auftreten der Geistlichkeit im Kanton Wallis von den Gegnern als willkommene Waffe und nicht ohne Erfolg dazu benützt worden ist, das Gefühl politischer Selbständigkeit im Großen Rate in Anspruch zu nehmen, und retrograde Instruktionen zu erobern.

«Antwort zur 3. Frage: Der Antwortgeber wird als Mitglied des Großen Rates, sehr wahrscheinlich auch durch das Mittel der Presse der bis zur Stunde von ihm verteidigten Sache seine Dienste widmen; hat aber sehr erhebliche Gründe, sich nie zu weit hervorzudrängen. Es genüge, einen von diesen anzuführen. Im Jahre 1842 ist die St. Gallener-Majorität ebenso ungewiß, als sie es im Jahre 1841 war. Der Fall möglicher

Abänderung der Instruktion muß also von dem Genannten mit in die Wagschale gelegt werden. Bei dem Kredite, den der Antwortgeber bei einem großen Teile der Protestanten in den übrigen Kantonen genießt: wird es nun für alle Fälle gut sein, der katholischen Partei Winke geben zu lassen, sich so viel tunlich an dessen Ansichten anzuschließen.

«Antwort zur 4. Frage: Vom größten Gewichte ist die Stimme Zürichs. Der Antwortgeber hat sie auf alle mögliche Weise bereits zu gewinnen gesucht, und noch dieser Tage die bestimmtesten Schritte getan. Eine geeignete diplomatische Einwirkung auf Zürich ist indessen auch unerläßlich [17]. Im allgemeinen sodann wird es sehr gut sein, wenn die sichtbaren Divergenzen der beiden Nachbarkabinette ganz aufhören würden. Die Sprache der französischen Botschaft hat gelähmt, nicht aufrecht erhalten. Die französische Schweiz bedarf eines stimulus aus ihrer Nähe, und mit Bezug auf politische Nachbarschaft, deren Geringschätzung wohl nach ihren eigenen Ansichten nicht in ihrem Interesse liegen kann. Frankreich sollte schlechterdings vermocht werden, der unbedingten Herstellung der Klöster das Wort zu reden; nicht aber ein lauwarmes, ohnmächtiges und ganz wirkungsloses Vermittlungsverfahren zu den Himmeln zu erheben. Frankreich sollte fühlen, daß es diplomatische und kirchliche Gründe zugleich hat, ein künftiges Wohlvernehmen der Schweiz gegenüber, auf die conditio sine qua non der unbedingten Bundeshandhabung zu gründen. Wichtig ist, daß Graubünden bereits nach sicheren Berichten schwankt, und sein Zurücktreten hohe Wahrscheinlichkeit ist. Auf diesen Kanton haben die Katholiken auch ferner mit Emsigkeit zu wirken. Endlich sollte eine mildere Gestaltung der Verhältnisse in Bern nicht unbedingt verloren gegeben werden. Schultheiß Tscharner ist billig und gerecht.

[17] Baron Werner machte zu diesem Satze ein Fragezeichen und notierte für die Weitergabe nach Bern: «Doch ist bei der nächsten Großen Ratswahl daselbst wieder ein radikaler Umschwung zu besorgen. Desto nützlicher wäre es aber nach des Antwortgebers Meinung, wenn die österreichische und die französische Botschaft gleichzeitig im Sinne der Verkräftigung auf Zürich wirken wollten. Das entschiedene Auftreten dieses Kantons würde ohne Zweifel der guten Sache den Sieg sichern». — S. den Text weiter unten.

Frankreichs, durch England unterstützte, Einwirkung vermöchte vielleicht diesem Manne das Szepter Berns in die Hand zu geben »[18].

Diesen Antworten fügte Kreishauptmann v. Ebner folgende Bemerkungen als das Resultat der mündlichen Besprechungen bei:

« Ad 1 u. 2: Die Verteidigungsschrift der aargauischen Klöster hat nach Baumgartners Beobachtungen wegen der ungemessenen Sprache gegen die nun einmal bestehende und vorgesetzte Regierung viele Protestanten tief verletzt. Es sind bei manchen Großratsverhandlungen besonders grelle Stellen davon vorgelesen worden, welche einen ganz ungünstigen Eindruck gemacht haben. Die Einmischung der Geistlichkeit und ihre erweisliche unkluge Opposition gegen alle auch rein politische Neuerungen habe ihrer Sache sehr viel geschadet. Selbst der sonst sehr ehrenwerte und gutgesinnte Dr. Bar[mann] in Wallis, ein sehr einflußreicher Mann, sei durch derlei unkluge Schritte veranlaßt worden, sich der Gegenpartei anzuschließen.

« Ad 4: Baumgartner ist sehr besorgt, daß bei der nächsten Großen Ratswahl in Zürich wieder ein radikaler Umschwung erfolgen könnte[19]. Nach seinen Äußerungen hat der französ. Botschafter alle Gesandtschaften persuadieren wollen, sich an das — nichtssagende — Züricher Votum anzuschließen, was höchst hinderlich war. Er legt großen Wert auf eine Einwirkung der französ. Botschaft, die entschieden und ausgesprochen ist. Er meint, wenn dieses schon geschehen wäre: so stünde die Sache viel besser als sie steht. Er ist vor wenigen Tagen persönlich in Zürich gewesen und hat die dortigen Regierungsmitglieder recht patriotisch aufgefordert, sich der guten Sache mit Kraft anzunehmen[20]. Er hofft bestimmt, wenn unsere und die französ. Botschaft ganz gleichheitlich in diesem Sinne auf Zürich einwirken, viel Gutes — und von Zürichs entschiedenem Auftreten

---

[18] W. St. A., a. a. O.

[19] Vgl. diesen ganzen Absatz mit Werners Notiz in Anm. 17; Werner faßte den Inhalt kurz zusammen.

[20] Vgl. Al. Baumgartner S. J., a. a. O., S. 225. — Das dürfte unmittelbar vor oder nach der Linthschiffahrtskommission in Lachen (12. Jänner) gewesen sein, deren Mitglied Baumgartner war.

bereits den Sieg der guten Sache. Auch hinsichtlich Berns gibt er der Hoffnung Raum, durch die schon in seiner diktierten Antwort bezeichneten Einwirkungen eine Paralysierung der Neuhaus'schen Faktion zu erzielen.

« Er bedauerte, daß es ihm in der kurzen Zeit, welche er unserer Zusammenkunft widmen konnte, nicht möglich gewesen, alles so ausführlich und umständlich zu besprechen, als er es gewünscht; und bemerkte daher, als die Stunde der Trennung schlug: er wolle über den Gegenstand der Frage innerhalb 8 Tagen ein eigenes ausführliches Mémoire schreiben, das er einem Vertrauten, den ich zu ihm nach St. Gallen senden soll, übergeben wolle. Dies wird daher von mir geschehen, und ich werde das Mémoire, sowie ich es erhalte, unverzüglich E. Exz. übersenden.

« Übrigens war Baumgartner offenbar sehr geschmeichelt durch das ihm von unserm Hofe bewiesene Vertrauen, und ich zweifle nicht, daß er mit Eifer der guten Sache dienen wird. Auch ist er bei seiner vollkommenen Kenntnis aller einflußreichen Schweizerpersonalitäten beider Parteien, und bei seinen eminenten Talenten, besonders einer entschiedenen Rednergabe ganz der Mann, von dem man mit Zuversicht das Beste hoffen kann »[21].

Metternich quittierte unterm 28. Jänner dem Grafen Brandis den Empfang von Baumgartners Antworten mit der Bemerkung, daß das Resultat der Unterredung seinen Erwartungen vollkommen entsprochen habe. Dann ließ er durch Baron Werner daraus einen wesentlich gekürzten Auszug machen und, ohne Nennung des Autors natürlich, als wertvolle Äußerungen eines Gewährsmannes an die österreichische Gesandtschaft in der Schweiz und in Paris senden.

Baumgartners Antworten wird gerechterweise niemand als eine staatsmännische Leistung verkennen dürfen. Ganz unvorbereitet, legte er in wenigen Zeilen die allgemeine Lage der Schweiz mit einer unübertrefflichen Sachlichkeit und Prägnanz dar. Wenn aus irgend etwas, so darf aus diesen Antworten ge-

[21] W. St. A., a. a. O.

schlossen werden, daß für Baumgartners Haltung in der Klosterangelegenheit von vornherein die Rechtsfrage bestimmend war; daß sie es ausschließlich war, dürfte kaum zu beweisen sein.

Ganz richtig erfaßte Baumgartner, was Werner eben nicht laut werden lassen wollte: daß der wundeste Punkt aller auf die Schweiz gerichteten Politik die Eifersucht zwischen Österreich und Frankreich war. Im allgemeinen atmeten die Ausführungen vollkommene Nüchternheit. Mit keinem Worte bezeichnete sich Baumgartner selbst als eifrigen Katholiken; er nahm die Sache rein politisch und wollte dabei dem kirchlichen Einfluß keinen Raum geben. In den Bedenken gegen ein Dazwischentreten des Papstes traf er allerdings mit Baron Werners Gedanken zusammen. Alles in allem genommen stand er, dem bis dahin Sympathien mit zentralistischen Bestrebungen nachgesagt wurden, nun fest wie Österreich auf dem Boden der Bundesakte. Kühl wie die Lösung einer Schachspielaufgabe: das ist ungefähr der Eindruck von Baumgartners Antworten.

Metternich konnte mit diesem Ton wohl einverstanden sein; aber daß das Ergebnis wirklich seinen Erwartungen entsprach, stimmte nicht, weil die Hauptsache fehlte. Ohne geradezu abzulehnen, war Baumgartner der angetragenen Führerschaft ausgewichen. Das stand im Einklang mit dem Programm, das er für seine Person schon längst festgelegt hatte und das nicht mehr mit einer Wirksamkeit in der Schweiz rechnete; war aber auch verständlich durch sein Mißtrauen gegenüber der extremen Rechtspartei.

Die versprochene Denkschrift stellte Baumgartner, ohne seine Unterschrift, rechtzeitig dem Kreishauptmann v. Ebner zur Verfügung und sie konnte schon am 27. Jänner 1842 vom Grafen Brandis an Metternich gesandt werden. Auch diese Denkschrift ist ein politisches Meisterwerk. Sie spinnt die früher geäußerten Gedanken weiter aus, indem sie als Kernsatz festhält, daß die üble Lage der Schweizer Katholiken sich herleitete «von dem Mißgriff, politische Elemente durch das Einwerfen kirchlicher Tendenzen und Ansprüche beschwichtigen und beruhigen zu wollen». Abermals lehnt Baumgartner ein päpstliches Eingreifen ab und läßt bloß das «Rechtsbegehren um Wiederherstellung

der Klöster aus dem staatsrechtlichen Standpunkte des Bundes» als unumstößlich gelten. Eine Übersicht der Stimmung und Haltung der einzelnen Kantone zeigt wieder die Notwendigkeit eines französischen Druckes, worauf Österreich hinzuwirken hätte. Aber im Hauptpunkte wich Baumgartner neuerdings aus, indem er darauf verwies, daß der Führer einer politischen Schweizerpartei füglich zunächst im eigenen Kanton einen festen und geschlossenen Rückhalt haben müsse [22].

Niemals hat Baumgartner über diese Verhandlung mit Metternich etwas erzählt. Es ist wahrscheinlich, daß er darüber auch nichts in dem Tagebuch anmerkte, das er am 1. Jänner 1842 begann, aber nur bis zum 24. Juli desselben Jahres führte. Anders hätte sein Sohn kaum darüber geschwiegen [23]. Hingegen erzählt uns dieser, daß sein Vater, von der Kommissionsversammlung in Lachen (wegen der Linthschiffahrt) zurückgekehrt, am 21. Jänner 1842 die kleine politische Schrift mit dem Titel «Die Schweiz im Jahre 1842» begann, um darin «ein übersichtliches Bild der augenblicklichen Lage» zu geben und daran sein politisches Programm zu knüpfen. Diese Schrift war schon am 13. Februar vollendet und konnte gedruckt am 19. März ausgegeben werden. Anonym erschienen, erregte sie viel Aufsehen und wurde vielfach anerkennend besprochen [24].

Wir wissen nunmehr, was sich zwischen dem Schluß jener Lachener Versammlung und dem 21. Jänner 1842 abspielte und kennen also die Vorgeschichte von Baumgartners genannter Druckschrift. Denn diese ist nichts anderes als die Erweiterung der für Metternich verfaßten Denkschrift und hat wie diese ihre Wurzeln in den Antworten, die Ebner am 17. Jänner empfing, und zuletzt in Werners Fragen. Die ganze Disposition: Stand der Parteien, Lage der Kantone, die Schweiz als Gesamtstaat, konfessionelle Verhältnisse, die Klosterangelegenheit, Aussichten und Pazifikation, findet sich, allerdings nicht in dieser Reihenfolge, schon in der Denkschrift, auf Grund deren Baumgartner

---

[22] W. St. A., a. a. O. — Diese umfangreiche Denkschrift veröffentliche ich im Wortlaut an anderer Stelle.

[23] Al. Baumgartner S. J., a. a. O., S. 221 ff.

[24] Ebenda.

rasch die größere Ausarbeitung machen konnte. «Die Politik soll es eben nur mit dem Staate und nicht mit der Kirche zu tun haben», sahen die Leser gedruckt, ohne zu ahnen, daß etwa zwei Monate früher der Verfasser dieses sein Prinzip auch der Wiener Staatskanzlei bekanntgegeben hatte.

Baumgartners Aufklärungen waren wertvoll, aber Baron Werner und Metternich sahen ihre Erwartungen, die sie von der Bereitwilligkeit des gewesenen St. Gallener Landammannes gehegt hatten, schwer getäuscht. Darin liegt allerdings auch ein gut Teil Komik. Denn auch Baumgartner glaubte seine Hoffnungen auf Metternich betrogen, der ihm schon längst ein Plätzchen in Österreich hätte bereiten sollen. So haben die beiden Berechnungen einander übel gekreuzt und damals war es, daß sich die Aufmerksamkeit des Staatskanzlers wegen der Führung der Schweizer Katholiken auf Siegwart-Müller wandte, da Baumgartner diese Aufgabe nicht übernehmen wollte.

IV. Der Kampf um eine Anstellung in Österreich.

Im Februar 1841 war Gallus Jakob Baumgartner seines Weges noch nicht gewiß. Er wünschte wohl, daß ihn Österreich an sich ziehe, hatte aber keinen Grund, damit zu rechnen. Daß er schon damals amtsmüde war, läßt sich annehmen; er war es aber sicher noch nicht in dem Grade, der ihn zur Niederlegung seines Amtes hätte zwingen können. Den Entschluß, aus der Regierung des Kantons, dessen neue Form im wesentlichen sein Werk war, auszutreten, durfte Baumgartner auch als sorgsamer Familienvater nicht fassen, solange sich keine Möglichkeit eines anderweitigen gesicherten Daseins bot. Darum zog er, wie schon im II. Kapitel angedeutet wurde, zur außerordentlichen Tagsatzung mit einer Instruktion, deren dehnbaren Inhalt er vielleicht auf einen rechtzeitigen Sprung ins österreichische Lager, jedenfalls aber auf eine den Aussichten entsprechende Entscheidung oder Wahl zwischen den verschiedenen Möglichkeiten angelegt und am 18. Februar im Großen Rat als Beschluß erzielt hatte.

Gleich der Beginn der außerordentlichen Tagsatzung, im März 1841, entschied sein politisches Schicksal. Während der

zwei ersten Unterredungen mit dem Grafen Bombelles verschrieb er sich der österreichischen Regierung und folgte von nun an genau ihren Anregungen. Mit einem Schlage hatte seine Instruktion eine entschiedene Richtung erhalten. Aber auch in persönlicher Hinsicht waren jene Unterredungen für Baumgartner schicksalbedeutend. Durch das Entgegenkommen des österreichischen Gesandten dürfte sich bei ihm ein unklarer Wunsch zu dem bestimmten Gedanken verdichtet haben, die Schweiz mit Österreich zu vertauschen und die Unsicherheit des schweizerischen Regierungsamtes durch die lebenslängliche Sicherheit eines verhältnismäßig hohen österreichischen Beamten zu ersetzen [1]. Rasch entschlossen ließ er dem Gedanken die Tat folgen.

Es ist nicht einmal ein Zweifel möglich, ob Baumgartners Entschluß bei der zweiten Unterredung, die er mit dem Grafen Bombelles zur Zeit der kommissionellen Beratungen hatte, schon fertig war. Wir wissen, daß er damals ausdrücklich ersuchte, den Schweizer Geschäftsträger in Wien, Freiherrn v. Effinger, nichts von seiner Reversangelegenheit wissen zu lassen. Das war kurz vor dem Ende des Monats März. Am 29. März aber erbat sich Baumgartner schriftlich, von Bern aus, Effingers Vermittlung einer Anstellung in Österreich. Eine Bereitwilligkeit des Geschäftsträgers ließ sich eher erwarten, wenn er nicht von vornherein scheu gemacht war durch die Erinnerung an Baumgartners «Makel» von Polizei wegen. So erklärt sich das dem Grafen Bombelles wohl unverständliche Ersuchen durch eine gute Überlegung des St. Gallener Landammanns.

Seine Bitte begründete Baumgartner in diesem Briefe nur durch persönliche Rücksichten. Er wollte nicht weiter «Kräfte und Gesundheit für eine unsichere Zukunft in einem Maße opfern, wie es ein pflichttreuer Familienvater sich nicht wohlbedacht zu Schulden kommen lassen darf». Baumgartner wünschte daher «seine Lage so zu verändern, daß die gefährlichsten Feinde einer leidlichen Zukunft» für ihn nicht mehr in Betracht kämen.

---

[1] Unterm 22. Februar 1842 schrieb Baumgartner seinem Freunde J. L. Studach: «Zum würdigen Rücktritt war ich schon im Frühjahr 1841 entschlossen. Umstände verhinderten die Ausführung bis zum Herbst». S. Alex. Baumgartner S. J., G. J. Baumgartner, S. 219.

«Es gibt Rücksichten», schrieb er, «besonders solche, die man sich selbst schuldig ist, welche alle übrigen weit überwiegen, und letztere nicht aufkommen lassen dürfen». Er war bereit, die Schweiz zu verlassen, und dachte vor allem an Österreich als Ort der Unterkunft. Baumgartner erhoffte dort eine Verwendung im administrativen Fache oder in der Staatskanzlei. «Eine solide und dabei nicht allzu knappe Existenz» zog er «immerhin einer mehr hervortretenden, die mitunter nur auf Kosten der Gemütsruhe einigen Glanz gewährt», vor. Baron Effinger sollte den Staatskanzler wegen des Landammanns Wunsches sondieren und Baumgartner versicherte, daß seine Persönlichkeit bei Metternich und in Österreich überhaupt kein Bedenken erregen würde[2].

Baumgartner machte den Geschäftsträger aufmerksam, daß seine Bitte ein strenges Geheimnis bleiben sollte. Es war «der erste und einzige Schritt, der bisher in dieser Sache geschehen». Er hatte nicht einmal dem Grafen Bombelles eine Andeutung seiner Absicht mitgeteilt, weil er sonst Gefahr lief, «von Mund zu Mund durch die ganze Schweiz getragen zu werden». Das war allerdings einem Diplomaten gegenüber eine ebenso ungeschickte wie ungerechtfertigte Bemäntelung des wahren Grundes. Effinger wußte so gut wie Baumgartner selbst, daß Graf Bombelles das Geheimnis respektiert hätte. In Wirklichkeit hatte Baumgartner wohl befürchtet, daß der österreichische Gesandte, der offenbar ihn als Vertrauensmann in der Aargauer Angelegenheit betrachtete und seine Dienste erwartete, das Gesuch im Sinne einer Flucht betrachten und es durch einen entsprechenden Bericht nach Wien durchkreuzen könnte.

Effingers Erstaunen darüber, daß der noch so mächtige Landammann von St. Gallen eine solche Bitte vortrug, ist leicht vorstellbar. Aber der Geschäftsträger dürfte mit gemischten Gefühlen auch der Tatsache gegenübergestanden sein, daß der im besten Mannesalter stehende Staatsmann aus Gründen, die letzten Endes nur selbstischer Natur waren, in einer Zeit des scharfen Kampfes und der Entscheidungen seine höhere Pflicht und das allgemeine Interesse preisgab. Effinger nahm mit Metternich

---

[2] Siehe die Beilage I.

keine Rücksprache. Doch dem Landammann gab er unterm 15. April 1841 Antwort, indem er die Schwierigkeit, die für einen Ausländer bei der Suche nach einer Staatsanstellung in Österreich bestünde, gehörig beleuchtete und zunächst die hochgespannte Erwartung dämpfte. Gutmütigerweise unterließ er nicht die Mitteilung, daß Metternich am Abend des 11. April sich freundlich über Baumgartner geäußert hatte[3].

So leicht konnte Baumgartner nicht abgeschüttelt werden. Einmal am Werk, setzte er es auch kräftig fort; kaum eine Woche nach Empfang dieser Antwort wiederholte er dem Geschäftsträger mit allen Zeichen der Ungeduld und Dringlichkeit seine Bitte. Grund zur Verzichtleistung, schrieb er dem Baron Effinger am 27. April aus St. Gallen, habe er in dessen Auskünften nicht gefunden. Nun wollte er schon unmittelbar sich an den Staatskanzler wenden und hielt nur noch damit zurück, weil er doch noch eine Vorbereitung Metternichs durch Effinger erwartete. Ja er erkundigte sich schon angelegentlich, auf welchem Wege ein solches Schreiben am schicklichsten an sein Ziel käme: ob durch die gewöhnliche Post, ob durch Effingers Hand? Den Grafen Bombelles wollte er vermeiden und wiederholte dafür die Begründung.

Baumgartner mochte selbst gefühlt haben, daß sein erster Brief und seine ganze Absicht für Effinger, Metternich und alle, die sonst davon erfahren mochten, ein «Rätsel» bildete. Und so versuchte er abermals eine Rechtfertigung, indem er kurz seinen Werdegang schilderte: Vor 1830 wünschte er mit vielen anderen höchst achtbaren Männern nur «einige Verbesserungen der öffentlichen Zustände»; dann mußte er sich widerstrebend den radikalen Massenführern fügen und erhielt «nur noch die traurige, doch wichtige Aufgabe» zugewiesen, «den Kanton aus dem Schlunde der eingebrochenen Anarchie zu retten und unter den ungünstigsten Umständen auf die Stufe von Solidität zu heben, derer er sich neben andern zu erfreuen hatte und wohl jetzt noch freut»; das «gar nicht Gesuchte» nahm er im Frühjahr 1831 bloß aus Pflichtgefühl an «im Drange der allgemeinen

[3] Effingers Antwort liegt mir nicht vor. Ich schließe auf deren Inhalt aus Bemerkungen in Baumgartners zweitem Brief (27. April).

Bewegung» und ohne Neigung, aber mit dem Wunsche, später seinem «ganzen Lebensberuf eine solidere Grundlage zu geben, als die Gegenwart und die wahrscheinliche Zukunft darzubieten schien»; von da an drängte ein Jahr das andere, er opferte sich und «eine kostbare Zeit». Und nun betonte Baumgartner wieder, daß er wohl manches für das Gemeinwesen, aber nichts für sich geleistet habe. Die «Magistraturen» nannte er Marterstellen, die «jeden, der sich nicht ganz zum Werkzeuge der Umstände und zum nachgiebigen Knecht der Tonangeber des Tages erniedriget, über kurz oder lang zum Opfer gelegentlicher Zeitwenden prädestinieren». Er hielt sich für berechtigt, nachdem er einen schönen Teil seines Lebens und seiner Kräfte dem Vaterlande in Treue gewidmet, «über den Rest zu besserer persönlicher Annehmlichkeit zu verfügen». Das könne er aber in der Schweiz nicht, wo ihn der Staatsdienst nicht losließe. Seine Ansprüche hatte Baumgartner bereits etwas niedriger gestimmt und wünschte bloß, was «ein pflichttreuer Familienvater von nur wenigen Kindern» überhaupt verlangen müsse. Baron Effinger hatte wahrscheinlich angedeutet, daß Baumgartner aus dem St. Gallener Staatsdienste und Staatsverbande austreten sollte, ehe er an der Aufnahme durch Österreich arbeitete. Davon wollte aber Baumgartner noch nichts wissen; er wollte die Brücken hinter sich nicht abbrechen, bevor er «ein zweites Vaterland gefunden und sich mit ihm identifiziert». Ausdrücklich formulierte er seine Bitte, der Geschäftsträger möge dem Fürsten Metternich «bei erster Gelegenheit die offene Insinuation» machen, daß Baumgartner «mit dem Gedanken einer Ansiedlung in Österreich umgehe», falls er hoffen dürfte, eine ihm zusagende Stelle gewinnen zu können. An den Staatskanzler wollte Baumgartner sehr bald ein kurzes Schreiben richten «mit Worten des Dankes für mehrerwähnte Eröffnung» und zugleich seine Dienste anbieten. Baron Effinger sollte wegen der «Eröffnung» nur an die Anerkennung denken, die ihm Baumgartner im ersten Briefe als in Metternichs Auftrag durch Bombelles erfahren mitgeteilt hatte. «Viel Schmeichelhaftes über meine vaterländischen Leistungen», hob Baumgartner damals hervor und tat, als ob sein österreichischer Polizeikonflikt schon längst geregelt und ver-

gessen wäre. Tatsächlich aber gedachte der Landammann gerade die Gelegenheit, daß er nun erst und endlich den Abschaffungsrevers zurückerhalten sollte, zur Anknüpfung zu verwenden. Um es zu wiederholen: Nicht früher hatte Baumgartner an Amtsniederlegung und ein Unterkommen in Österreich gedacht, als bis ihn Graf Bombelles zu Bern im März 1841 das erste Mal zu sich gerufen[4].

Baumgartner rechtfertigte fraglos im zweiten Briefe seinen Schritt nicht glücklicher als im ersten. War schon die Skizze seines politischen Werdens merkwürdig ausgefallen, so stellte der Rest seiner Darlegungen nichts anderes als eine dem staatsmännischen Wirken ausgestellte Rechnung dar, die für den Aussteller keinen persönlichen Nutzen aufwies. Solche Ansichten waren aber in Österreich ungewohnt und schon gar bei einem Metternich unmöglich, nur geeignet, die Achtung vor der Demokratie ganz zu zerstören.

Gleichwohl teilte Effinger dem Staatskanzler Baumgartners Bitte mit, indem er die zwei Briefe überreichen ließ. Eine persönliche Aussprache fand wahrscheinlich nicht statt; und wenn, so hatte der Schweizer Geschäftsträger nur kurz um eine aus der Lektüre der Schreiben sich ergebende Auskunft ersucht, die an Baumgartner weitergegeben werden konnte. Hofrat Baron Werner schrieb die Auskunft wieder, als ob sie Effinger von Metternich persönlich gehört hätte, und erfüllte jedenfalls des Geschäftsträgers Wunsch vortrefflich. Die Auskunft, dem Baron Effinger gleichsam in die Feder diktiert, lautete:

«Der Fürst sagte mir im wesentlichen: «Das Anerbieten des Herrn Baumgartner sei, nach seiner (des Fürsten) Ansicht, ein den österreichischen Staat wie den Antragsteller ehrendes; denn, wenn es einerseits nur zum Lobe des Herrn Baumgartner gereichen könne, daß bei ihm die Einsicht lebendig sei, wie die bürgerliche Ordnung, und sonach die Ruhe der Staaten — dieses erste Beförderungsmittel des allgemeinen Wohles — nur im Wege der konservativen Prinzipien zu erzielen sei, so sei es andererseits ein für den österreichischen Staat rühmendes

[4] Siehe die Beilage II.

Zeugnis, daß ein Mann von den Talenten, und der Geschäftserfahrung des Herrn Baumgartner gerade in diesem Staate den Anker, und den sicheren Hafen ordnungsliebender Männer finden zu können vermeine;

« daß daher, schon von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, er, der Fürst, für die Gewährung des Wunsches des Herrn Baumgartner günstig gestimmt sein müsse.

« Auf der andern Seite finde derselbe[5] aber, wie ich selbst wohl wissen müsse, materielle Schwierigkeiten der bedeutendsten Art im Wege.

« Die österreichische Verwaltungsmaschine sei eine, in allen ihren Teilen fest geregelte; und die Anstellung, wie das Avancement in derselben, fänden nach bestimmten Grundsätzen und ohne Einfluß von Gunst oder Willkür statt. Zur Anstellung würden inländische Studien und Prüfungen erfordert; das Vorrücken in höhere Stellen (als welche bei Herrn Baumgartner natürlich allein in Betracht kämen) sei wieder durch vorgängige Dienstesleistung in den niederen Stufen bedingt.

« Wenn nun aber auch im gewöhnlichen Lauf der Dinge, und, sozusagen, ex abrupto dem Wunsche des Herrn Baumgartner nicht willfahrt werden könne, so schließe dieses doch keineswegs die Möglichkeit aus, daß eine sich ergebende besondere Veranlassung die Berufung des Herrn Baumgartner in den österreichischen Dienst rechtfertigen, und diese alsdann hiezu benützt werden könnte. In einem solchen Falle würde alsdann er, der Fürst, zur Betätigung seiner guten Gesinnungen für Herrn Baumgartner einen umso weiteren Spielraum haben, je mehr in der Zwischenzeit dieser durch seinen Gang in den eidgenössischen Angelegenheiten ihm Materalien geliefert haben würde, dem Kaiser und den inneren Behörden zu beweisen, daß es sich von der Akquisition eines talentvollen, und der Regierungsweise, wie sie in Österreich allein möglich ist, nämlich der konservativen, ergebenen Mannes handlen würde ».

Zu diesem Konzept notierte Metternich eigenhändig: « Diese Worte kann H. von Effinger als aus meinem Munde vernommen,

[5] Im Original: finden derselben.

und im Schreiben an H. Baumgartner aufnehmen, welches ich Sie [Werner] bitte, ihm zu sagen. Am besten wird es sein, wenn er die Worte abschreibt»[6].

Mangels jeder Datierung vermag ich die an sich belanglose Frage nicht zu beantworten, ob diese Auskunft schon nach Baumgartners erstem Brief gegeben wurde, so daß sie Effinger in seine damalige Antwort aufnehmen konnte, oder erst nach dem zweiten. Gegen die erste Annahme spricht, daß Effinger betonte, nicht mit Metternich gesprochen zu haben, während das Konzept Werners nur ein Gespräch wiedergeben sollte, und daß Baumgartner später doch in seinem Schreiben an Metternich auf dieses Gespräch indirekt Bezug nahm. Höchstwahrscheinlich aber verhielt es sich wirklich so, daß Effinger für seine erste Antwort noch gar keine Fühlung mit Metternich suchte und daß er ganz loyal nach den selbständigen Mitteilungen der ersten Antwort dieses auf Grund beider Briefe Baumgartners von Metternich gegebene Konzept wörtlich in seine zweite aufnahm, die mir auch nicht vorliegt. Wie dem auch immer sei, den wesentlichen Inhalt in allen Teilen erfuhr Baumgartner gewiß.

Metternich lehnte in schönster Form für den Augenblick ab. So hatte er sich das Engagement Baumgartners allerdings nicht gedacht. Durch Aufhebung des Interdiktes sollte der St. Gallener Landammann gewonnen werden, Östereichs Interessen in der Schweiz zu wahren; nun wollte Baumgartner diese Gelegenheit benützen, um sein Wohl durch Österreich gewährleisten zu lassen. Wenn der Staatskanzler seinen Zweck doch noch erreichen wollte, dann mußte er vorsichtig zu Werke gehen. Darum schob er die Anstellungsfrage sachte in die Ferne und verlangte von Baumgartner weitere Beweise dafür, daß er sich der österreichischen Regierung völlig ergeben hatte. Baumgartner ließ sich das gesagt sein und Metternich konnte sich für die nächste Zeit keinen besseren Verfechter wünschen. Im Grund war nun zwischen dem Staatskanzler und dem St. Gallener Landammann ein Pakt geschlossen worden, dessen gegenseitige Einhaltung beide Teile eifrig überwachten.

---

[6] W. St. A., Schweiz, Varia, F. 318.

Der Schweizer Geschäftsträger hat ohne Zweifel auch Baumgartners zweiten Brief beantwortet und bei diesem Anlaß auf das Unziemliche und Unkluge hingewiesen, das in dem Versuch einer Ausschaltung des österreichischen Gesandten läge. Und so eröffnete Baumgartner doch auch dem Grafen Bombelles seine Absicht und übermittelte ihm den Brief, den er unter dem Datum: St. Gallen, den 30. Mai 1841, folgendermaßen an Metternich geschrieben hatte:

« Durchlauchtigster Fürst!

« Auf Befehl Euer Durchlaucht empfing ich vor kurzer Zeit durch das Organ der kais. königl. Gesandtschaft in der Schweiz, Mitteilungen, die mich eben so sehr erfreuten als überraschten. Nach vieljährigem Amtsleben waren trübe wie heiter erlebte Jugendjahre in den Hintergrund getreten und der Zeit hatte ich ihre übliche Wirksamkeit auch in einer mir persönlich nahe gelegenen Angelegenheit zugetraut. Zudem war ein sehr glückliches Vernehmen mit der nächsten Nachbarschaft, dessen Pflege ich mir seit Jahren besonders angelegen sein ließ, nicht geeignet, veraltete Erinnerungen in mir zu wecken[7].

« Euer Durchlaucht haben wohlwollend verfügt. Ich schmeichle mir, die gütige Anordnung als einen Beweis ansehen zu können, daß das Zutrauen, welches redliches Wirken für das Gemeinbeste bei meinen Mitbürgern geweckt, sich den Weg über die Grenze gebahnt und mir hohe Gönner in Kreisen erworben hat, deren Aufmerksamkeit ich in bescheidener lokaler Tätigkeit nicht angeregt und verdient zu haben glaubte. Das klare Bewußtsein, daß in der Gemeinschaft der Interessen aller Staaten und Völker, und in deren Pflege von diesem Standpunkte aus, die beste Richtschnur aller Politik zu finden, so wie die praktische Anwendung dieser Erkenntnis in allen höheren Lebensverhältnissen, sollen jenes Zutrauen mir erhalten und stärken. Wollen Euer Durchlaucht diese Äußerungen dankbarer Gesinnung genehm halten.

« Ich sollte hier schließen; allein nachdem fürstliches Wohlwollen sich bereits einläßlicher und so gütig mit meiner Per-

[7] Anknüpfung an den Polizeikonflikt und die Reversrückgabe, zugleich ein geschickter Hinweis auf Baumgartners langjähriges Streben nach dem Wohlwollen der österreichischen Regierung.

sönlichkeit beschäftigt hat[8], daß ich vertrauensvoll meine künftigen Schicksale in Euer Durchlaucht Hände legen darf: so sei mir noch zu sagen vergönnt, wie sehr ich mich glücklich schätzen würde, einem Wirkungskreise näher anzugehören, der mir gestattete, in einem erweiterten Maße meiner Bestimmung und meinen Vorsätzen zu leben. Ich würde in solchem Falle zwar nie aufhören, meiner ursprünglichen Heimat jene kindliche Liebe zuzuwenden, ohne die keine Ehrenhaftigkeit des politischen Charakters denkbar ist, aber ebenso gewiß und eifrig übernommene Pflichten von Treue und Diensteifer gegen das Adoptiv-Vaterland zu erfüllen. Ich erbitte mir von Euer Durchlaucht jene huldvollen Maßnahmen, die Hochdero Weisheit für zuträglich erachtet, mir gelegentlich über die Bedingungen und Erwartungen, die ich zu erfüllen und zu hegen hätte, genauere Kenntnis zu gewähren. Ich geharre u. s. w.»[9].

Den Grafen Bombelles ins Vertrauen zu ziehen, war für Baumgartner verhältnismäßig leicht gewesen, weil die vorausgegangenen Besprechungen schon ziemlich enge Beziehungen zwischen den beiden Männern hergestellt hatten. Seine Bitte suchte der Landammann übrigens dem österreichischen Gesandten ziemlich schmackhaft zu machen, indem er für diesen die schon erwähnte Denkschrift über die Lage und die Parteiverhältnisse der Schweiz mitsandte, ohne im geringsten anzudeuten, daß er so bald wie möglich von dem Getriebe loskommen wollte. Bombelles war weit davon entfernt, Baumgartners Wunsch zu durchkreuzen; in seinem Bericht vom 4. Juni 1841 an Metternich nahm er darauf gar nicht Bezug, legte ihn bloß vor und rühmte die konservative Richtung des Briefschreibers[10].

Nicht übel in der Tat war das Schreiben an Metternich angelegt. Baumgartner griff gleich den ersten Gedanken des an Effinger gegebenen Werner-Metternich'schen Konzeptes auf. War dort von der «Ruhe der Staaten, diesem ersten Beförderungsmittel

---

[8] Bezug auf Metternichs «Gespräch» mit Effinger.

[9] W. St. A., Beilage zu Metternichs Vortrag an den Kaiser vom 31. März 1842. — Originalbrief.

[10] W. St. A., Gesandtschaftsarchiv Bern 1841. — Vgl. dazu oben III. Kap., Anm. 8 und den zugehörigen Absatz des Textes.

des allgemeinen Wohles», die Rede, so sprach er nun von der «Gemeinschaft der Interessen aller Staaten und Völker» und von «deren Pflege von diesem Standpunkt aus»; kurz, er goß den gleichen Gedanken nur in eine andere Form und gab dadurch zu verstehen, daß er nichts anderes als das konservative Prinzip Österreichs zu vertreten gewohnt sei und des Staatskanzlers Lob nicht erst zuletzt verdient habe. Metternich sollte diesen Wink mit dem Zaunpfahl verstehen und den Mann nach Österreich übernehmen, dem es bloß darauf ankam, konservative Vorsätze auf einem anderen Boden betätigen zu dürfen.

Einen angenehmen Eindruck erweckt das Schreiben nicht; tat es wohl auch bei Metternich kaum. Der Staatskanzler notierte dazu mit Bleistift: «Die nebenstehende Stelle könnte in eine Antwort an Baumgartner aufgenommen werden: Wenn Sie nicht glaubten, daß Ihr Wirken in einem engeren Kreise Beachtung außer demselben finden werde, so hat Ihnen die Erfahrung bewiesen, daß Sie Ihre Stellung zu geringe schätzten. In einer Zeitperiode, in welcher die örtlichen Fragen sich so leicht in allgemein giltige sozielle auflösen, gibt es keine, welche nicht die Aufmerksamkeit höher stehender Geister zu fesseln würdig wären. Die Krankheit des Tages lehrt auch dergestalt; sie ist aller Orten dieselbe und ihr kommen sonach einzelne Fälle zum Besten oder zum Schaden, indem sie dem Übel Hilfe bieten oder dessen Verbreitung Hindernisse in den Weg legen. In solchen Zeiten ist es die Pflicht jedes wirklich aufgeklärten Mannes, der Wahrheit das zuzuwenden, was ihr angehört, und indem er diese Pflicht in seinem Bereiche erfüllt, kann jeder sich sagen, daß er eine Schuld an das allgemeine Wohl abträgt»[11]. Es ist wohl überflüssig zu betonen, daß sich in diesen unnachahmbar schönen Sätzen sowohl der Hochmut des Lenkers der europäischen Politik neben einer kantonalen Größe als auch tiefe staatsmännische Weisheit kundgibt. Wenn aber Baumgartner zwischen den Zeilen, die er auf Grund dieser Bemerkung erhielt, zu lesen verstand, mußte er finden, daß ihm Metternich eine scharfe Rüge erteilte: In Zeiten der Krisis darf ein Staatsmann «aufgeklärter» Art

[11] W. St. A., Beilage zu Metternichs Vortrag vom 31. März 1842.

seinen Platz nicht verlassen, sofern er nicht eine Schuld gegenüber dem Gemeinwohl auf sich laden will.

Mit Benützung der Metternich'schen Notiz verfaßte Baron Werner des Staatskanzlers Antwort, die unter dem Datum: Wien, den 19. Juni 1841, an Baumgartner abging:

« Wohlgeborner Herr Landammann!

« Das Schreiben Euer Wohlgeboren vom 30. v. M. habe ich durch Gr. Bombelles zu erhalten die Ehre gehabt. Dieselben legen Ihrem Wirken in dem Geschäftskreise, den Ihnen Ihr Vaterland zugewiesen, einen zu geringen Wert bei, wenn Sie darüber Zweifel hegen, ob selbes in weiteren Sphären bemerkt werden könne? Alle großen Geschäfte der Welt lösen sich heutzutage, in bestem Resultate, in sozielle Fragen auf; die Krankheit ist allenthalben dieselbe; und wer zu ihrer Beförderung oder zu ihrer Heilung an einzelnen Punkten tätig mitwirkt, greift, verderblich oder wohltuend, in das große Ganze ein.

« Was mithin Euer Wohlgeboren in letzter Zeit in der Schweiz getan haben, um dem unterdrückten Rechte seine Geltung und dem sozialen Zustande der Eidgenossenschaft seine bedrohte Grundlage zu sichern — war ein der allgemeinen Sache geleisteter Dienst; und konnte sonach von dem k. k. Hof, gewohnt wie er ist, die Interessen dieser Sache insbesondere in den Nachbarstaaten mit gespannter Aufmerksamkeit zu verfolgen, nicht übersehen werden.

« Was den Wunsch betrifft, der den Gegenstand des Schlusses Ihres Schreibens ausmacht — so habe ich mich bereits rücksichtlich desselben mit entgegenkommender Freimütigkeit mündlich gegen jemanden [12] geäußert, der Euer Wohlgeboren gewiß meine Worte mit Treue hinterbracht haben wird, und auf dessen Berichterstattung ich mich sonach für das erste beziehen zu können glaube » [13].

Metternichs Anerkennung und indirekter Tadel waren gleichwohl nicht imstande, Baumgartner ununterbrochen an Amt und

---

[12] Baron Effinger.

[13] W. St. A., Schweiz, Varia, F. 318. — Dieser Brief gewährt auch einen interessanten Einblick in Metternichs Werkstatt, wie seine Anregungen von den Referenten verarbeitet wurden.

Rang in der Schweiz zu binden. Tapfer arbeitete er in maßgebender Stellung für Österreich bis in den Herbst 1841, dann trat er aus der Regierung seines Kantons. Unerwartet genug für Metternich, der noch unterm 3. November den Grafen Bombelles angewiesen hatte, den St. Gallener Landammann aufs schmeichelhafteste wissen zu machen, daß er sich nach Ansicht des österreichischen Hofes durch seine Haltung auf der Tagsatzung Verdienste und einen Ruf erworben habe, die weit über die Grenzen seines Vaterlandes hinausgingen. «Und wenn», ließ Metternich, seinen Brief vom 19. Juni nur wenig variierend, sagen, «die Bezeichnung als Staatsmann dem zukommt, der zur Kenntnis der wahren Interessen seines Landes die nötigen intellektuellen und moralischen Fähigkeiten fügen kann, um diese Interessen durchzusetzen, dann ist kein Zweifel, daß der Landammann von St. Gallen diesen Titel, schon seit langer Zeit ihm von einer großen Zahl seiner Kompatrioten zuerkannt, jetzt gebührendermaßen und reichlich in den Augen Europas gewonnen hat, das mit Aufmerksamkeit die Entwicklung dieser großen Krisis verfolgt». Glaubte Baumgartner seiner Sache in Österreich ganz sicher zu sein? Da er an Effinger geschrieben hatte, erst dann aus dem St. Gallener Staatsdienste austreten zu wollen, bis ihn «die Korrespondenz dem Ziele näher gerückt», scheint es so; er hielt es demnach an der Zeit, die Fesseln abzuwerfen, um sofort einem Rufe Metternichs gehorchen zu können[14].

Vielleicht baute er auch fest auf die Kraft des Freundes Negrelli, den er bald, nachdem der Brief an Metternich abgegangen, in das Geheimnis eingeweiht hatte. Der Generalinspektor des Baues der Kaiser Ferdinands-Nordbahn hielt sich nämlich im Spätfrühling 1841 in der Schweiz auf, um in Neuchâtel ein Gutachten über die Arbeiten an der Ableitung des Seyon abzugeben[15]. Baumgartner hatte mit ihm eine Zusammenkunft und besprach ausführlich seine Lebensfrage, erhielt auch

---

[14] Wohl in diesem Sinne schrieb Baumgartner (22. Februar 1842) an Studach (A. Baumgartner, a. a. O., S. 219), daß er durch «Umstände» bis zum Herbst 1841 am Rücktritt verhindert worden. — Metternichs Lob vom 3. November im W. St. A., Schweiz, Weisungen, F. 300.

[15] Siehe Birk, Alois v. Negrelli, I., S. 139.

die Zusicherung nachdrücklicher Intervention. Das ergibt sich aus einem Briefe, den ihm Negrelli am 9. August 1841 aus Wien schrieb. Negrelli konnte begreifen, daß auch dem Landammann «das Hemd näher dem Leibe stehe als der Rock», und hatte während der Rückreise nach Österreich den Übersiedlungswunsch Baumgartners überdacht. Er wollte sich an den Fürsten Metternich und einflußreiche Erzherzoge wenden und riet Baumgartner, die Beziehung zum Gesandten Grafen Bombelles zu pflegen, weil dessen Bruder, Heinrich Graf Bombelles, der Erzieher der Kinder des Erzherzogs Franz Karl, auch bei Metternich viel gelte. Mit Baron Effinger hatte sich Negrelli sogleich in Verbindung gesetzt. Der Geschäftsträger riet, den Weg zur inneren Administration Österreichs durch eine Beschäftigung in der Staatskanzlei zu suchen. Für alle Fälle klangen Negrellis Mitteilungen recht verheißungsvoll[16].

Aber das Jahr 1841 verging und Baumgartner wurde nicht nach Österreich gerufen. Dafür brachte der Jänner 1842 Metternichs Vorschlag, der gewesene Landammann von St. Gallen möge als Vormann österreichischer Außenpolitik an die Spitze der katholisch-konservativen Partei in der Schweiz treten. Das war eine Enttäuschung. Denn vor allem hielt Baumgartner nichts von dem Wirken der kämpferischen Katholikenpartei und rechnete nur mit einer friedlichen Zusammenarbeit der konservativen Katholiken und Protestanten; dann aber waren seine Besprechungen dieser Angelegenheit mit dem Grafen Bombelles doch nur darauf ausgegangen, das Wohlwollen der österreichischen Regierung umso sicherer zu haben, wenn er seinen dauernden Eifer für die konservativen Interessen bezeugte und so die Garantien weiteren Wohlverhaltens bot, die Metternich durch Effinger verlangt hatte. Anscheinend in seinem Kalkül betrogen, ging also Baumgartner auf des Staatskanzlers Antrag nicht ein, zumal dieser keine unmittelbare und reale Gegenleistung versprach.

Baron Werner und Metternich errieten Baumgartners Gedanken sehr wohl. Außerdem hatte Negrelli nicht unterlassen, die Bitte des gewesenen Landammanns beim Staatskanzler, der

[16] Siehe die Beilage III.

erst im Oktober 1841 von seinen Sommerferien zurückkehrte, zu befürworten. Nach dem fehlgeschlagenen Versuch und in der Erwägung, daß es sich schließlich doch um ein Geschäft handle, erstattete Metternich unterm 31. März 1842 dem Kaiser Ferdinand einen entsprechenden Vortrag.

Metternich hob hervor, daß Baumgartner, ein Mann von großem Talente, entschlossenem, kräftigem Charakter und vielseitiger Bildung, bereits die Aufmerksamkeit des Schweizer In- und Auslandes auf sich gezogen habe, und anerkannte, daß unter seiner Leitung der Kanton St. Gallen «in administrativer und finanzieller Hinsicht sich unter allen schweizerischen Kantonen den ersten Rang errungen». Allerdings habe Baumgartner lange Zeit auf den eidgenössischen Tagsatzungen seinen Einfluß «im Sinne der liberalen Schule» geübt. «Seit einem Jahre aber trat in diesen seinen Gesinnungen und in der aus selben hervorgegangenen Wirksamkeit eine gänzliche Umkehr ein»; und zwar ergab sich diese Umkehr gelegentlich der Aargauer Klostersache. Aus dem Bekämpfer wurde ein Verteidiger der konservativen Prinzipien. «Und wenn die totale Niederlage der guten und katholischen Sache bis zur Stunde noch hintangehalten ist, so verdankt man diesen (freilich nur negativen) Erfolg zum großen Teile sicherlich den einsichtsvollen und eifrigen Bemühungen Baumgartners». Dessen persönliche Stellung in der Schweiz sei jedoch durch die Frontänderung unhaltbar geworden und habe deshalb[17] in ihm den Wunsch erweckt, anderwärts und womöglich in Österreich ein Unterkommen zu finden. Der Staatskanzler habe die vorgebrachte Bitte zunächst mit dem Hinweis auf die Schwierigkeiten ihrer Erfüllung beantwortet und den Landammann «zu fernerer Ausdauer in seinem damaligen Wirkungskreise sowie in dem von ihm eingeschlagenen korrekten Gange» aufgemuntert. Schließlich sei Baumgartner «als Mann von Ehre und Charakter» doch von seinem Amte abgetreten und müsse nun umso mehr wünschen, einen Rückhalt in Österreich zu finden.

Indes gedachte Metternich keineswegs, Baumgartner schon dermalen nach Österreich zu bringen. Vielmehr hielt er daran

[17]) Metternich verschob hier vorsichtigerweise die zeitliche Reihenfolge der Tatsachen, wie wir sie nunmehr kennen.

fest, ihn «fürs erste noch so lange als möglich auf dem Felde seiner bisherigen Tätigkeit, wenigstens als Mitglied des Großen Rates und als Tagsatzungsgesandten seines Kantons, eifrig und mutig zu erhalten». Von einer Leitung der katholisch-konservativen Partei sprach Metternich nun nicht weiter; immerhin sagte er klar, daß er auch für die bloße Vertretung der österreichischen Interessen in der Schweiz durch Baumgartner einen Preis zahlen müsse: «Da nun dies aber nur durch die ihm zu gewährende Aussicht auf eine dereinstige sichere Versorgung in Österreich zu erreichen sein dürfte, so wage ich es, bei Euer Majestät hiermit die allerhöchste Genehmigung der Erteilung dieser Zusicherung ehrfurchtsvoll in Antrag zu bringen». Metternich lehnte die Aufnahme Baumgartners in den diplomatischen Dienst von Haus aus ab, verwies aber darauf, daß die österreichische Finanzbranche «seiner Individualität einen viel geeigneteren Spielraum darbieten» könnte. Er schlug also vor, dem ehemaligen Landammann, der «sich stets als einen Anhänger und Bewunderer des österreichischen Regierungs- und Verwaltungssystems erwiesen», den Übertritt in kaiserlich-österreichische Dienste «eventuellen Falls und zwar mit provisorischer Verwendung bei der Hof-Kammer (Finanzministerium), und bis zu definitiver Anstellung gegen ein jährliches Wartgeld von etwa 1500 oder 2000 fl. Konventionsmünze» zusichern zu lassen. Die kaiserliche Genehmigung sollte so bald wie möglich erfolgen[18].

Die Staatskonferenz schlug in ihrem Votum vom 4. April 1842 vor, das Gutachten des Präsidenten der allgemeinen Hofkammer, Karl Friedrich Freiherrn v. Kübeck, zu verlangen, und so erließ der Kaiser an diesen am 11. April das nötige Handschreiben[19]. Aber der Hofkammerpräsident erstattete das verlangte Gutachten nicht und ließ die Sache auf sich beruhen. Metternich sah seine Absicht vereitelt und konnte bloß abwarten, was die Zukunft brachte.

Baumgartner aber war schwer verärgert, zumal er von Metternichs Bemühung nichts erfuhr. Er legte Ende März 1842 auch

[18] W. St. A., Vorträge. — Konzept von fremder Hand, von Werner korrigiert.

[19] W. St. A., Kabinettsakt No. 662, Konferenzzahl 315 von 1842.

die Redaktion des «Erzählers» nieder und reiste nach Augsburg, um womöglich bei der «Allgemeinen Zeitung», dem Organ Baron Cottas, eine Anstellung zu finden[20]. Aber ein Besuch bei dem Hauptredakteur Dr. Kolb war ergebnislos, ebensowenig Glück hatte Baumgartner am 30. März mit Cotta selbst. Auch ein Versuch, in den württembergischen Staatsdienst zu treten, gelang nicht. So kehrte er denn in die Schweiz zurück, um eine große Zeitung als schweizerisches Zentralorgan zu gründen und dadurch den Lebensunterhalt zu finden. Doch noch ehe die Verhandlungen zu Ende gediehen, wurde Baumgartner von der aktiven Politik seines Kantons wieder erfaßt: Der Große Rat wählte ihn zu seinem Präsidenten, zum Präsidenten der Instruktionskommission und zum ersten Tagsatzungsgesandten. Eine Majorität billigte seine bisherige Politik in der Klösterfrage. Nichtsdestoweniger schuf Baumgartner die täglich erscheinende «Schweizer Zeitung», deren erste Nummer am 1. Oktober 1842 herauskam. Unter den eifrigsten Mitarbeitern befand sich der Luzerner Bernhard Meyer. Die «Schweizer Zeitung» betrieb eine Politik der Verständigung und half ohne Zweifel, daß im Sommer 1843 Siegwart-Müllers Plan, die katholischen Kantone vom Bund zu trennen, noch mißlang.

In den Maiwahlen 1843 wurde Baumgartner von der Stadt St. Gallen zum ersten Abgeordneten gewählt, im Juni vom Großen Rat zum ersten Mitglied der Regierung und Landammann. Wiederum stand er an der Spitze seines Kantons, aber nun in wesentlich ungünstigerer Lage als ehedem. Die radikale Partei war viel stärker geworden und hatte auch im Kleinen Rat heftige Vertreter. Sein vermittelnder Instruktionsentwurf für die Tagsatzung, außer den von Aargau angebotenen Weiberklöstern mindestens noch die Wiederherstellung der Abtei Muri fordernd, wurde verworfen und durch eine biegsame Anweisung ersetzt. Diese hätte gleichwohl von Baumgartner mit Nutzen für seine Richtung verwendet werden können, aber er lehnte die Wahl zum ersten Tagsatzungsgesandten für 1843 ab. Sicher handelte Baumgartner da aus merkwürdigen Überlegungen, die freilich

[20] Im folgenden entnehme ich nur die notwendigen Daten dem Buche Alex. Baumgartners S. J., von S. 225 an.

aktenmäßig nicht beweisbar sind. Schon sein diesmaliger Instruktionsentwurf war ein Rückschritt gegenüber seiner früheren Haltung, die einverständlich mit Österreich zuletzt nur den 12. Artikel der Bundesverfassung verteidigte. Das spezielle Verlangen nach Muri war überflüssig, umso mehr als Baumgartner recht gut wußte, daß die Erhaltung dieses Stiftes nicht mehr die Hauptfrage Österreichs bildete, das bereits die Übernahme dieses Konventes beschlossen hatte. Und nun gar die Weigerung, zur Tagsatzung zu gehen! Baumgartners eigene Rechtfertigung und die durch seinen Sohn vorgebrachte können wir füglich beiseite lassen. Der St. Gallener Landammann wollte in beiden Fällen dem Grafen Bombelles und Metternich einerseits beweisen, wie wenig zu erreichen sei, wenn er sich nicht stark exponierte, und anderseits eine Strafe dafür zukommen lassen, daß sie ihn nicht schon längst nach Österreich gebracht hatten. So vermied er auch die Möglichkeit, im Sinne der beschlossenen Instruktion schließlich doch auf der Tagsatzung einem Mehrheitsbeschluß beitreten zu müssen, der, abgesehen von der Respektierung des 12. Artikels, nicht einmal Muri wiederherstellte, also in Baumgartner keinen Politiker von Einfluß mehr erkennen ließ. Baumgartner aber wartete noch immer auf Metternichs Ruf und wollte daher für die Schweizer Politik nicht als ausschaltbar dastehen. Also Sicherung nach zwei Seiten hin. Die Tagsatzung gab sich durch Beschluß vom 31. August 1843 mit der Zulassung der aargauischen Weiberklöster zufrieden und ließ die Klösterfrage aus Abschied und Traktanden fallen.

Baumgartner als Verfechter katholisch-protestantischer Verständigung auf konservativem Boden und Siegwart-Müller als Führer der katholischen Separation. Es waren zwei Rivalen, zwischen denen eine Vereinigung nicht geschehen konnte. Trotzdem wurde sie im November 1843 von Siegwart-Müller in einem Brief an Baumgartner versucht, erntete jedoch eine Abweisung. Österreichs Hoffnungen richteten sich immer mehr auf Siegwart-Müller, Baumgartners Unentbehrlichkeit schwand und er galt dem Wiener Kabinett nur mehr als lokale Größe.

Was Baumgartner 1843 abgelehnt hatte, wurde ihm 1844 vorenthalten: Er wurde nicht zum Gesandten für die Tagsatzung

gewählt. Dort aber handelte es sich diesmal um die wichtige Jesuitenfrage, die für den Kanton Luzern zum Hauptproblem geworden. In diesem Augenblick besaß Baumgartner nicht einmal mehr ein eigenes Organ. Ende 1843 war er von der «Schweizer Zeitung» zurückgetreten, worüber der österreichische Geschäftsträger Herr v. Philippsberg unterm 23. Dezember 1843 aus Bern berichtete: «Ich wünsche, daß die fünfzehnmonatige Erfahrung im Journalismus nicht ganz verloren ist für die politische Erziehung des armen Staatsmannes von St. Gallen. Jedenfalls wird er sich mit einer Illusion weniger zurückziehen können»[21]. Allein Baumgartner dachte an solches nicht; schon am 1. Jänner 1845 ließ er sein neues Blatt «Das freie Wort für Frieden, Licht und Recht» erscheinen. Er hatte gewiß recht, für seine materielle Zukunft zu sorgen; im allgemeinen aber machen seine Zeitungsgründungen politisch den Eindruck von Rückzugsgefechten.

Im Mai 1845 wurde Baumgartner vom Bezirk Oberrheintal als erster und vom Bezirk Tablat als vierter Abgeordneter gewählt und kam auch wieder als Gesandter zur Tagsatzung, günstigerweise ohne eine Instruktion mitzubekommen. Da der Stand St. Gallen in der Jesuitenfrage den Ausschlag zu geben hatte, lag es nur an Baumgartner, daß mindestens kein Beschluß gegen die katholischen Kantone auf der Tagsatzung gefaßt werden konnte. Gleichzeitig gingen Baumgartner und Siegwart-Müller verschiedene Wege zum selben Ziel. Letzterer brachte 1845 das Schutzbündnis der 7 katholischen Kantone zustande, ersterer gründete 1845 den «Allgemeinen Katholikenverein», der in den konservativen Protestanten seine Bundesgenossen finden sollte. Trotz seines großartigen Programmes hatte dieser Verein den beabsichtigten Erfolg nicht und konnte überhaupt Siegwart-Müllers Politik keine Konkurrenz machen. Erreicht wurde aber doch, daß auf der Tagsatzung von 1846 kein Mehrheitsbeschluß gegen Schutzbündnis und Jesuiten gefaßt werden konnte.

Baumgartner hatte unter seiner liberalen Gesinnung im allgemeinen wie im besondern den Strich gezogen. Als daher für den Kanton St. Gallen 1844 die Bistumsfrage wieder akut wurde,

[21] W. St. A.. Schweiz. Berichte. F. 279.

trat er mit Eifer für die Neugestaltung des Bistums ein. Der Konkordatsentwurf wurde im Großen Rat angenommen und am 30. November 1844 in Luzern mit dem päpstlichen Nuntius unterzeichnet. Im November 1845 war diese ganze Frage im wesentlichen erledigt.

Sein österreichisches Projekt hat Baumgartner in diesen Jahren zwar nicht verfolgt, aber auch nicht vergessen. Es mußte ihm daher ganz angenehm sein, daß er infolge der Absicht der Kantone, ihre Postverhältnisse mit Österreich neu zu regeln, im Frühjahr 1847 mit sechs andern Abgeordneten nach Wien gesandt wurde. Aus St. Gallen bekam er außer dem Postgeschäft noch mehrere Aufträge mit: Österreich sollte das in Ungarn gekaufte Getreide mit einem ermäßigten Ausfuhrzoll nach der Schweiz bringen lassen; ferner wünschte St. Gallen die von Österreich 1803 beschlagnahmten Stiftsgüter wiederzubekommen; endlich sollte die österreichische Finanzverwaltung mit dem Kanton gemeinsam die Kosten einer Rheinbrücke bei Feldkirch tragen [22]. Am 11. April 1847 reiste Baumgartner von St. Gallen ab. Das Vorhaben, in Innsbruck den Landesgouverneur Grafen Brandis zu besuchen, mußte er wegen ungünstiger Witterung aufgeben; so ging die Reise mit Bernhard Meyer über Lindau, Augsburg, Salzburg und Linz nach Wien. Hier, wo sein Sohn Leo nach Negrellis Empfehlung am Polytechnikum studierte, kam er am 17. April an. Es war ein anderer Baumgartner als der, welcher vor 27 Jahren die Stadt hatte zwangsweise verlassen müssen; aber auch Österreich war etwas anders geworden. Und wieder stimmten beide nicht zueinander. Hatte sich Baumgartner aus einem Radikalen zum strengen Konservativen gewandelt, so war das früher konservative Österreich insgeheim unter der Oberfläche radikal geworden.

Baumgartner besuchte den Baron Effinger und Hurter, der, als glücklicherer Schweizer, österreichischer Hofrat geworden,

---

[22] Baumgartner hat selbst in einer Broschüre « Die Postverhandlungen zwischen den Schweizer Kantonen und dem österreichischen Kaiserstaate. St. Gallen 1847 » und in autobiographischen Aufzeichnungen (gedr. von Al. Baumgartner S. J., a. a. O.) über die Wiener Verhandlungen genau berichtet, so daß ich sie im folgenden nur zu streifen habe.

besah sein ehemaliges Gefängnis und kam den 20. April das erstemal in Audienz zum Fürsten Metternich. Anderes als die geschäftlichen Dinge dürfte der Staatskanzler mit Baumgartner nicht besprochen haben. Die politische Lage streifte er selbstzufrieden mit einigen Phrasen. Ganz in seiner Art verabschiedete er den St. Gallener Abgeordneten mit den Worten: «Das Jahr 1847 ist ein wichtiges, es wird bedeutsame Aussprüche tun!» Aber was Baumgartner wohl am liebsten ausgesprochen gehört hätte, dem wich Metternich völlig aus[23]. Die amtlichen Besuche führten auch zu Baron Werner und zum Staatsrat Franz Freiherrn v. Lebzeltern, auch gab es ein Wiedersehen mit Negrelli. Baumgartner lernte den Regierungsrat Josef Anton Edl. v. Pilat und den Staatskanzleirat Dr. Karl Ernst Jarcke, ferner den Staatsarchivdirektor Clemens Freiherrn v. Hügel kennen; auch den päpstlichen Nuntius Viale Prelà besuchte er. Eine Audienz beim Erzherzog Johann, der für alle Schweizer Dinge großes Interesse hatte, hinterließ in Baumgartner einen guten Eindruck. Wegen der Beschlagnahmesache St. Gallens verhandelte er mit dem Hofrat der Staatskanzlei Johann Vesque v. Püttlingen,[24] ohne irgend etwas zu erreichen. Mit dem obersten Kanzler (Minister des Innern) Karl Grafen v. Inzaghi[25] und dem Hofkammerpräsidenten Baron Kübeck hatte Baumgartner wiederholt Besprechungen. An Entgegenkommen fehlte es bei den maßgebenden Stellen nicht, aber die Postverhandlungen rückten doch nur langsam vom Fleck, weil die Begehren der vielen Kantone oft einander kreuzten; immer wieder hatte Baumgartner seiner verschiedenen Aufträge wegen Eingaben an die Behörden zu verfassen.

Gegen Ende April empfing Baumgartner aus St. Gallen Nachrichten über die erbitterten Parteikämpfe. Am 7. Mai 1847 kam die Hiobsbotschaft: «St. Gallen ist gefallen!» Der Kanton war zur radikalen Partei übergegangen und sein Landammann gestürzt. In seinen tagebuchartigen Aufzeichnungen schrieb Baumgartner: «Ich fühlte die ganze Schwere des St. Gallener Ereig-

[23] Al. Baumgartner S. J., a. a. O., S. 278 ff.
[24] Ebenda irrig «Vasque v. P.».
[25] Ebenda irrig «Irzaghi».

nisses, meine politische Stellung mit einem Schlage ganz gebrochen, ohne Aussicht, ohne eine Zukunft»; und dann nach einer Unterredung mit dem Fabrikanten Joh. Bapt. Müller aus Wyl: «Was ich von ihm über die St. Galler Zustände vernahm, lautete so schlimm, daß ich momentan den Entschluß faßte, von der politischen Schaubühne ganz abzutreten, ja selbst im Falle der Wahl nicht mehr anzunehmen, ebensowenig eine untergeordnete Stelle». Trotzdem unternahm er (22.—25. Mai) eine Reise nach Budapest zur Erholung. Endlich war am 6. Juni der Hauptpostvertrag fertig zu allseitiger Zufriedenheit und konnte unterzeichnet werden. Ein Abschiedsdiner vereinigte alle Abgeordneten bei Metternich, der sich dabei fast ununterbrochen mit Baumgartner unterhielt. Die Kornausfuhr zu ermäßigtem Zoll bekam St. Gallen nicht bewilligt, weil in Österreich ein allgemeines Getreideausfuhrverbot erlassen war; nur das zuletzt gekaufte Quantum wurde freigegeben. Freund Negrelli eröffnete am 2. Juni Baumgartner einen Plan, ihn als Generalsekretär bei dem ägyptischen Kanalbau zu empfehlen, traf jedoch auf keine Geneigtheit. Nachdem nun auch die österreichischen Postverträge mit St. Gallen, Basel und Graubünden, deren Vertretung ihm zugewiesen war, unterschrieben worden, reiste Baumgartner am 10. Juni von Wien ab und langte am 15. Juni in St. Gallen an.

Baumgartners Aufzeichnungen über seinen Wiener Aufenthalt zur Zeit der Postkonferenz enthalten, wie sie uns sein Sohn mitteilte, kein Wort davon, daß er damals auf sein altes Projekt einer Übersiedlung nach Wien irgendwo zu sprechen kam, selbst nicht nach der Nachricht vom 7. Mai, die seinen politischen Sturz meldete. Einzig Negrellis Rat, nach Ägypten zu reisen, wird erwähnt. In Wirklichkeit aber hat Baumgartner nicht ermangelt, bei Metternich, Baron Werner und wo es sonst tunlich schien, um Hilfe zu bitten. Freilich war diesbezüglich nun die Lage für ihn viel übler als ehedem. Seit mehreren Jahren schon erweckte Baumgartner bei Metternich keine starken politischen Hoffnungen; Österreichs Politik hatte sich mit Siegwart-Müller eingelassen. Was Metternich nunmehr noch für Baumgartner tun wollte, entsprang aus einer alten halben Zusage, die zu halten er sich bemühte. Noch während Baumgartners Aufenthalt in

Wien schrieb Baron Werner, unterm 1. Juni 1847, für den Staatskanzler das folgende Memorandum:

« Jakob Baumgartner, dermal fünfzig Jahre alt, steht seit über zwanzig Jahren, in verschiedenen Chargen, faktisch an der Spitze des Kantons St. Gallen. Früher der radikalen Richtung angehörend, hat er dieselbe verlassen, als er, durch Erfahrung gereift, sich von den grundverderblichen Plänen jener Partei überzeugt hatte. Seitdem trat er sowohl in seinem Kanton, als in allen eidgenössischen Geschäften, als der wärmste, so wie auch als der talentvollste Verfechter des konservativen Prinzips auf. Nunmehr ist aber, durch das ungünstige Ergebnis der letzten Wahlen in St. Gallen, seine Wirksamkeit auf wenigstens zwei Jahre gelähmt; und er wünscht dringend den Kanton, in dem er sich durch seinen glänzenden Abfall vom destruktiven Prinzip viele Feinde gemacht hat, verlassen zu können.

« Seine Blicke waren, in Voraussicht der Dinge, die da jetzt gekommen sind, schon früher auf Österreich gerichtet; und er kömmt jetzt angelegentlicher als je auf seinen diesfalls bereits vor fünf Jahren geäußerten Wunsch zurück. [Folgt kurz der Inhalt des Metternich'schen Vortrags vom 31. März 1842.] Eine allerhöchste Resolution auf jenen Vortrag ist bis itzt nicht erflossen. Inzwischen sind aber die Umstände so nachteilig gestaltet und so dringend geworden, daß das längere Verbleiben Baumgartners in St. Gallen wirklich kaum möglich, und es daher wahrhaft an der Zeit ist, will man hierorts etwas für ihn tun, dieses auszusprechen. Die Gründe, warum letzteres billig und politisch ratsam ist, sind in dem Vortrage vom 31. März 1842 weitläufig entwickelt.

« Die Verwendungsart Baumgartners im österreichischen Dienste betreffend, so kann dieselbe nur in der administrativen (politischen) oder kameralistischen Dienstbranche stattfinden. Für beide ist er aber gewiß im hohen Grade geeignet; denn es ist eine in der Schweiz anerkannte Sache, daß der Kanton St. Gallen, in administrativer wie in finanzieller Hinsicht, das bestgeleitete Land der Eidgenossenschaft ist, und daß hievon das Verdienst ganz allein dem langjährigen Chef des Kantons, Baumgartner, gebührt. Anderseits müssen letzteren die vielfältigen und engen

Berührungen seines Kantons mit dem Nachbarlande Österreich in unsere Verhältnisse genügend eingeweiht haben, um ihn nicht bei uns als ganz Fremden in unseren Geschäften erscheinen zu lassen.

« Noch ist zu bemerken, daß die von Baumgartner in seinem Vaterlande bekleideten Rangsverhältnisse eines Landammanns, eines Präsidenten des Großen Rates, und eines vieljährigen Tagsatzungsgesandten, es andeuten, daß ihm in hiesigen Diensten, wollte er in selbe aufgenommen werden, weniger nicht als der Hofrats-Charakter würde beigelegt werden können »[26].

Dieses warme Eintreten Werners für Baumgartner verdiente alle Anerkennung. Es war von diesem, der gewiß noch in Wien davon erfuhr, keineswegs dankbar, daß er es in seinen Aufzeichnungen völlig verschwieg.

In St. Gallen berichtete Baumgartner zunächst dem Kleinen Rat das Ergebnis seiner Wiener Sendung und übernahm für den beurlaubten Landammann Stadler interimistisch bis Ende Juni 1847 das Regierungspräsidium. Trotzdem war augenblicklich seine politische Erledigtheit vollkommen. Matthias Hungerbühler wurde Landammann, Dr. Johannes Weder nahm in der Regierung Baumgartners Platz ein; beide waren unerbittliche Radikale. Näff und Peter Steiger wurden Tagsatzungsgesandte; ihre Instruktion lautete auf Ausweisung der Jesuiten und Auflösung des Schutzbündnisses der sieben katholischen Kantone. Baumgartners Belohnung war Verachtung, Hohn und Spott[27]. Aber auf Bitten seiner Freunde zog er sich doch nicht vom politischen Leben zurück, sondern blieb Großrat; am 1. Juli 1847 wurde er auch Präsident des katholischen Administrationsrates.

In einer recht unbehaglichen Stimmung setzte Baumgartner nun seine in Wien wieder aufgenommenen Bemühungen fort und richtete unter dem Datum: St. Gallen, den 12. August 1847, folgenden Bittbrief an Metternich:

---

[26] W. St. A., Beilage zu Metternichs Vortrag vom 31. August 1847. — Oben in moderner Orthographie.

[27] Al. Baumgartner S. J., a. a. O., S. 293 f.

« Durchlauchtigster Fürst!

« Ein Geschick, welches abzuwenden nicht in meiner Macht lag, veranlaßt mich, gegenwärtige ehrerbietige Bittschrift an Euer Durchlaucht gelangen zu lassen.

« Da ich die Gönnerschaft irregeleiteter Mitbürger nicht mit dem Opfer meiner politischen Überzeugungen erkaufen wollte, bin ich bei Gelegenheit einer periodischen Wahlerneuerung aus der kantonalen Regierung, in welcher ich während manchen Jahren tätiges Mitglied gewesen, verdrängt und in einer Weise ersetzt worden, wie es der unglückliche Parteienkampf nach dem Sinn erhitzter Gegner zu erheischen schien. Daraus entstand für mich das zwiefache Ungemach, einmal, daß mir ein Wirkungskreis abgeht, wie ihn meine frühere Stellung, Lebensschicksale und Neigungen bedingen, sodann daß ich, der nötigen Hilfsmittel entblößt, meinen Pflichten als Familienvater bei allseitig waltenden Hindernissen in meinem eigenen Vaterlande nicht zu genügen vermag. Diesem in Treue zugetan, aber auch der eben erwähnten nähern Obliegenheiten bewußt, wage ich die Bitte an Euer Durchlaucht, mir die besondere Gunst der Aufnahme in den Dienst Sr. k. k. Apostolischen Majestät angedeihen zu lassen. Wie ich bisher der Schweiz ein gewissenhafter Magistrat gewesen, so gedenke ich, falls mein Anliegen Erhörung finden kann, treuer Diener dem Monarchen zu sein, in dessen Landen ich ein Asyl und vor allem eine nützliche und entsprechende Wirksamkeit zu finden sehnlich wünsche.

« Ich verharre mit den Gesinnungen tief empfundener Ehrerbietung, Euer fürstlichen Durchlaucht ergebener Diener Baumgartner, gewesener Landammann »[28].

In merkwürdigem Gegensatz zu dem Tone früherer Briefe gibt diesmal Baumgartner zu, daß ihm seine amtliche Stellung eigentlich ein Lebensbedürfnis gewesen, und er beklagt den Verlust aufrichtig. Immerhin tat dieser Hilferuf bei Metternich, der auch schon vom Hofrat Baron Werner bearbeitet worden, seine Wirkung. Unterm 31. August 1847 ließ er durch Werner abermals

[28] W. St. A., Beilage zu Metternichs Vortrag vom 31. August 1847. — Originalbrief; oben moderne Orthographie.

einen Vortrag an den Kaiser verfassen und trat nicht minder energisch als vor fünf Jahren für Baumgartner ein.

« Schon in früheren Jahren », hieß es nun, « hatte Baumgartner teils aus Anhänglichkeit an den österreichischen Kaiserstaat, teils im Gefühle des schwankenden Zustandes der Dinge in seinem Vaterlande, seinen Übertritt in die k. k. Dienste in Anregung gebracht und ich mir auch die Freiheit genommen, seine Wünsche vorbereitend zur allerhöchsten Kenntnis Eurer Majestät zu bringen. Indem jedoch damals die Dinge im Kanton St. Gallen bald wieder eine bessere Wendung zu nehmen schienen, Baumgartner in seiner dortigen Stellung neu befestigt ward, und ich vor allem die Verwendung seines großen Talentes und seiner ehrenwert festen Gesinnung in der Schweiz selbst am nützlichsten hielt, so ward zu jener Zeit den Wünschen desselben eine weitere Folge nicht gegeben; und er widmete sich — auf meinen Rat — auf das Neue mit Eifer und Tätigkeit der Verteidigung des konservativen Prinzips in seinem eidgenössischen Vaterlande ». Freilich bemäntelte Metternich in diesen Zeilen nur die peinliche Tatsache, daß 1842 sein Vortrag vom Hofkammerpräsidenten einfach unter den Tisch geworfen worden; denn jenen Rat zum Ausharren im Interesse Österreichs hatte er Baumgartner schon 1841 gegeben und hatte bereits im Jänner 1842 kein rechtes Entgegenkommen mehr geerntet. Aber das trug der Staatskanzler nicht nach und betonte im weiteren, daß für die nächste Zukunft ein Umschwung in St. Gallen nicht zu erwarten und Baumgartner nicht in der Lage sei, der guten Sache im schweizerischen Staatsleben zu dienen. Metternich fand es selbstverständlich, daß sich Baumgartners « Blicke mit verdoppelter Sehnsucht nach dem großen Kaiserstaate, dessen Grundsätze und Interessen er in seinem Vaterlande so lange verfochten hat », richteten. Hier helfend einzugreifen erschien als unumgänglich: « Je heftiger heutzutage in der gesamten Welt der Kampf zwischen den erhaltenden und zerstörenden Prinzipien entbrannt und je schwieriger in gewissen Ländern die Lage derjenigen ist, die, der Strömung der Tagesmeinungen entgegen, sich der Verteidigung des Erhaltungsprinzips weihen, desto mehr liegt es im Interesse wie in der Pflicht der großen, an der Spitze jener Verteidigung stehenden Macht, aus-

gezeichnete Vorkämpfer ihrer Sache, an Tagen der Not, nicht fallen zu lassen». Baumgartner war fraglos zu solchen Vorkämpfern zu rechnen; es war ja sein Werk, daß wenigstens die letzten Jahre hindurch St. Gallen «der Sache des Rechts» erhalten worden. «Vielfach haben wir ihn hiezu ermuntert und er hinwiederum bei uns Rat und Anweisung eingeholt. Dieses Verhältnis ist in der Schweiz nicht unbekannt, und das Bündnis zwischen dem Kabinette des konservativen Kaiserstaates und dem ebenso gesinnten Staatsmanne St. Gallens als ein natürliches vorausgesetzt». Metternich bezog sich in diesen Zeilen, die blitzartig Baumgartners politisches Verhältnis zu Österreich beleuchten, allerdings wesentlich auf den «Bündnisschluß» im März 1841, weil später eine Lockerung des Verhältnisses eingetreten war. Einen desto vornehmeren Eindruck macht es, daß er Österreichs Verpflichtungen auf die ganze Zeit ausdehnte.

Allerdings hatte sich Baumgartner bei dem Staatskanzler außer durch den Bittbrief vom 12. August noch auf andere Weise in Erinnerung gebracht. Er hatte gleichzeitig an seinen Freund Negrelli in Wien eine sehr klare und richtige Darstellung der üblen Lage der Sonderbundskantone geschrieben und gesorgt, daß sie Metternich vorgelegt wurde. Diesem lag, als er dem Kaiser den Vortrag erstattete, die von Negrelli eingereichte Briefabschrift bereits vor und er hielt deren Inhalt für so wertvoll, daß er ihn dem französischen Außenminister Guizot bekanntgeben wollte, um dessen Optimismus gegenüber den Schweizer Dingen zu dämpfen.

Schließlich rühmte der Vortrag, ganz im Sinne des Werner'schen Juni-Memorandums, Baumgartners administrative Fähigkeiten und beantragte eine Verwendung im Ressort des Hofkammerpräsidenten, der darüber ein Gutachten abgeben sollte[29].

Das Votum des staatsrätlichen Referenten fiel am 6. September 1847 für Metternich günstig aus und daher ließ der Kaiser unterm 17. September den Vortrag «im Nachhange» des

[29] W. St. A., Vorträge. — Die (undatierte) Abschrift von Baumgartners Brief an Negrelli im W. St. A., Schweiz, Weisungen, F. 310. (Metternich an Kaisersfeld, 28. August 1847.)

Handschreibens vom 11. April 1842 der allgemeinen Hofkammer zur Äußerung zugehen[30].

Baron Kübeck war mit Baumgartner seit der Postkonferenz bekannt und hatte dessen administrative Talente schätzen gelernt. Gleichwohl konnte er nicht sehr erbaut darüber sein, daß ihm die Versorgung eines ausländischen Bittstellers auferlegt wurde; aber diesmal durfte er den Fall nicht ad acta legen und erstattete dem Kaiser bereits am 4. November 1847 einen Vortrag darüber. Die Art Kübecks war es nicht, wie Metternich zu dozieren. Und so überließ er die Würdigung der vom Staatskanzler genannten politischen Rücksichten dem Kaiser und beschränkte sich kurz auf die Verwirklichung des Wunsches. In der Finanzverwaltung konnte er Baumgartner nicht brauchen, weil diesem alle Kenntnis der österreichischen Vorschriften und Eigentümlichkeiten fehlte. Dagegen konnte Baumgartner bei der k. k. Staatseisenbahndirektion, die auch der Hofkammer unterstand, im administrativen Fach untergebracht werden. Kübeck schlug vor, ihn zunächst probeweise der Generaldirektion der Staatseisenbahnen zuzuteilen. In Betracht kam eine provisorische Anstellung mit den Bezügen, wenn auch nicht mit dem Titel, eines Oberingenieurs (1000 fl. Gehalt, 200 fl. Funktionszulage, 200 fl. Quartiergeld), eines Sekretärs (1400 fl. G., 240 fl. Qu.) oder eines Oberinspektors (1200 fl. G., 400 fl. F., 240 fl. Qu.). Entsprechend der bisherigen Stellung Baumgartners und dem Antrage Metternichs trat Kübeck für die Zuerkennung der Bezüge eines Sekretärs ein[31].

Inzwischen hatten die Dinge im Kanton St. Gallen ihren natürlichen Lauf genommen. Vergeblich protestierten die Konservativen unter Führung Baumgartners im Großen Rat gegen das Aufgebot der bewaffneten Macht in der Sonderbundsfrage. Die Mehrheit erklärte sich am 14. Oktober 1847 für den Krieg. Baumgartner verfiel in Acht und Bann, wurde sogar am Leben bedroht; aber er blieb noch Präsident des katholischen Administrationsrates. Allerdings legte sich die Aufregung, als der Krieg zu Gunsten der radikalen Partei geendet hatte, und Baum-

[30] W. St. A., Kabinettsakt No. 2080, Konf.-Zahl 833/1847.

[31] W. St. A., Kabinettsakt No. 2653, Konf.-Zahl 1111/1847.

gartner blieb trotz seiner Vergangenheit weiterhin unangefochten und der Sorge um den gesicherten Lebensunterhalt überlassen.

In Wien aber drohte seiner Sache Unheil. Die Hilfegesuche der vertriebenen Sonderbundsführer trafen nacheinander ein, für jeden sollte sich eine Anstellung in dem Österreich, das ohnehin an der Überzahl seiner Beamten litt, finden. Trotz der günstigen Äußerung Kübecks war der Wunsch Baumgartners wieder zu einem Problem geworden. Der staatsrätliche Sektions-Chef Franz Graf Hartig schrieb am 17. Dezember 1847 zu Kübecks Gutachten folgendes Votum: «Über die vorliegenden Anträge des Hofkammerpräsidenten kann ich dermal nur die Einvernehmung des Fürsten Staatskanzlers beantragen, und dies zwar aus doppeltem Grunde, erstens weil die letzten Ereignisse in der Schweiz voraussehen lassen, daß, wenn der St. Gallener Landammann Baumgartner, welcher in seinem Kantone ungefährdet verweilen kann, von Seite der österreichischen Regierung wegen seiner konservativen Grundsätze Aufnahme und Versorgung erhält, die zahlreichen aus den Sonderbunds-Kantonen nach dem Siege der radikalen Partei entflohenen, an Person und Vermögen wirklich schon angegriffenen konservativ gesinnten Kantonsbeamten gleiche Berücksichtigung mit noch stärkerem Titel von Euer Majestät ansprechen werden, derlei Ansprüche aber kaum befriedigt werden könnten, und zweitens, weil die dem Baumgartner vom Baron Kübeck zugedachte Verwendung bei der Eisenbahndirektion zu sehr von den Erwartungen (oder doch Wünschen) entfernt ist, die er in seinen Briefen an den schweizerischen Gesandten ausspricht, um hoffen zu können, daß er sich damit für befriedigt halten werde; als Unzufriedener aber könnte er dem Zwecke, welcher seiner Hereinziehung zu Grunde liegt, viel mehr schaden als nützen». In diesem Sinne verfaßte Graf Hartig gleich das Kabinettschreiben an Metternich, das der Kaiser am 22. Dezember 1847 unterfertigte. Der Staatskanzler empfing damit Kübecks Gutachten und die Weisung, zu Hartigs Bedenken Stellung zu nehmen[32].

[32] W. St. A., a. a. O. — Mit den «Briefen an den schweizerischen Gesandten» meinte Graf Hartig natürlich Baumgartners Briefe vom 29. März und 27. April 1841, die dem Vortrage beilagen.

Während so über sein Schicksal in Wien verhandelt wurde, versuchte Baumgartner einen Vorstoß von anderer Seite. Etwa Mitte Dezember wandte er sich brieflich an den Kreishauptmann v. Ebner in Bregenz, schilderte seine Lage höchst traurig und erklärte, keinen anderen Wunsch mehr zu haben, als die Schweiz zu verlassen und irgendwo an einem sicheren Zufluchtsorte Gelegenheit zu suchen, durch irgend eine angemessene Anstellung für den Unterhalt der Familie sorgen zu können. Baumgartners Ansprüche waren sehr mäßig; er wollte jedes «nur irgend konvenable» Unterkommen annehmen[33]. Ebner, dessen Vermittlung damit angerufen war, sandte den Brief mit herzlichster Befürwortung dem Landesgouverneur Grafen Brandis nach Innsbruck, der den Alt-Landammann von St. Gallen seit langem persönlich kannte.

Graf Brandis wollte für Baumgartner alles tun, was er konnte. Unterm 25. Dezember 1847 gab er den Brief weiter an Metternich, lobte aus persönlicher Erfahrung den Briefschreiber als «einen der talentvollsten, unterrichtetsten und gewandtesten Staats- und Geschäftsmänner der ganzen Schweiz» und erklärte sich schließlich, kurz entschlossen, bereit, über den Mangel der österreichischen Studien, der Gesetz- und Geschäftskenntnis hinwegzusehen und Baumgartner als anfangs überzähligen Rat in der Tiroler Landesverwaltung unterzubringen. «Weniger kann man einem Landammann, dem Chef eines nicht unbedeutenden Freistaats nicht wohl anbieten». «Mit umso mehr Vergnügen» wollte Brandis den Bittsteller in sein Ratsgremium übernehmen, als die meisten Räte dort schon so alt waren, daß sie «einiger Erleichterung» dringend bedurften. Am interessantesten ist jedoch die prinzipielle Begründung, die der Landesgouverneur seiner Bereitwilligkeit gab: «Ich kann bei diesem Anlasse die Bemerkung nicht unterdrücken, daß man nach meiner Ansicht in unserer Verwaltung auf Studienzeugnisse und Dienstpraxis ein viel zu großes Gewicht legt, was zur Folge hat, daß wir so viele Beamte und so wenig Staatsmänner haben. Welche Folgen entstehen, wenn ein ganzes Verwaltungssystem über Nacht um-

[33] Der Brief ist nicht mehr vorhanden; sein Inhalt läßt sich aus Brandis' Bericht vom 25. Dezember erkennen.

geworfen wird, und an die Stelle der frühern durchaus neue Organe gesetzt werden, sehen wir gar wohl in mehr als einem Lande. So unzweckmäßig dieses ist, so heilsam wäre es, wenn hie und da fremde Elemente von erprobten Gesinnungen, ausgezeichneten Fähigkeiten und einer lebensfrischen, durch herkömmliche Formen nicht erdrückten Anschauung unserer Verhältnisse in die Verwaltung gezogen würden»[34]. Diese Sätze, die uns urplötzlich hier wie ein lebendiger Quell aus den Aktenbergen des vormärzlichen Österreich entgegenspringen, beweisen, daß es in jener so sehr verlästerten Zeit dieses Staates nicht an hohen Beamten fehlte, die bewußt jeder amtlichen Verknöcherung entgegenarbeiteten; sie zeigen, daß damals die Hauptklage, Österreich werde zwar administriert, aber nicht regiert, bei den obersten Regierungsstellen ihren Ursachen nach sehr gut bekannt war; sie beweisen endlich, daß wenig Scheu herrschte, dies offen zu sagen. Dem Fürsten Metternich waren sie aus der Seele gesprochen.

Durch das Dazwischentreten des Grafen Brandis stiegen Baumgartners Aussichten beträchtlich. In einem Gutachten vom 3. Jänner 1848 bemerkte Baron Werner, daß der Antrag des Landesgouverneurs für Baumgartner jedenfalls vorzuziehen wäre, aber auch Kübecks Vorschlag in solch schlimmen Zeiten annehmbar sei. Die Staatskanzlei war also wegen des Erfolges, so viel einen Platz für den Alt-Landammann betraf, nicht gar sehr in Sorge[35]. Aber auch gegen die Bedenken des Grafen Hartig waren Baron Werner und Metternich gewappnet. Unterm 11. Jänner 1848 wurde durch einen von Werner verfaßten Vortrag Metternichs mit Geschick pariert.

Vor allem betonte Metternich, daß Baumgartner die Priorität für sich habe: sein betreffender Wunsch war schon mehrere Jahre alt und wurde ebenso lange von der Staatskanzlei befürwortet. Ferner wies Metternich die Befürchtung einer Unzufriedenheit Baumgartners zurück; der Mann werde den von Kübeck «dargebotenen Rettungsanker aus seinen dermaligen prekären Ver-

[34] W. St. A., Provinzen, Tirol, F. 11.

[35] W. St. A., Beilage zum Bericht des Grafen Brandis vom 25. Dezember 1847.

hältnissen mit sehr großem Danke annehmen», namentlich wenn der Kaiser die definitive Anstellung samt einem materiellen Zuschuß für später zusichern wollte. Die «besorgte Exemplifikation für andere Schweizer» endlich entkräftete Metternich leicht. Bei deren Bitten handelte es sich ebenso wenig wie bei Baumgartner um «Ansprüche» irgendwelcher Art. Die eventuelle Anstellung der Schweizer in Österreich könnte «niemals in dem Lichte eines Ersatzes oder einer Versorgung, die man ihnen schuldig wäre, sondern stets nur in jenem einer Verwendung brauchbarer, redlicher und sonst wohlverdienter Männer in der Spezialität, zu der sie sich eben qualifiziert hätten, betrachtet werden». Insbesondere bei dem erst im Entstehen begriffenen Eisenbahnfache hatte die Heranziehung von erfahrenen Fremden schon stattgefunden in Österreich und war auch bezüglich Baumgartners nicht «als ein ungewöhnliches Ereignis oder bedenkliches Präzedenz» zu deuten. Zum Schluß bat Metternich, der Kaiser möge vorerst bestimmen, welches Gehalt dem Alt-Landammann anzuweisen wäre, dann diesem den Vorschlag «durch den Kanal» des ihm befreundeten Kreishauptmannes von Bregenz vertraulich bekanntgeben lassen und erst nach Maßgabe der Antwort das Weitere verfügen [36].

In der Staats-Konferenz hatte wieder Sektions-Chef Graf Hartig das Referat und dieser votierte am 19. Jänner 1848 die Verwendung Baumgartners bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen mit den Genüssen eines Sekretärs (1400 fl. Gehalt und 240 fl. Quartiergeld). Eine Zusage, für die künftige Verbesserung seiner Stellung zu sorgen, lehnte Hartig als untunlich ab: «Im vorliegenden Falle, wo die Erlangung einer Anstellung ausschließend das Interesse des Anzustellenden berührt, vermöchte ich sie umso weniger für nötig zu halten, als es immer von der Gnade Euer Majestät abhängen wird, die Lage des Dr. (sic!) Baumgartner in der Folge nach Umständen zu verbessern» [37].

Und so gab der Kaiser dem Vortrage des Barons Kübeck vom 4. November 1847 und allen betreffenden Vorträgen Metter-

[36] W. St. A., Vorträge.

[37] W. St. A., Kabinettsakt No. 1848. K.-Z. 48/1848.

nichs am 26. Jänner 1848 folgende Resolution: «Ich ermächtige Sie, dem Dr. (sic!) Jakob Baumgartner zu St. Gallen im vertraulichen Wege durch den Bregenzer Kreishauptmann zu wissen zu machen, daß vorderhand seine Verwendung nur bei der Generaldirektion der Staatseisenbahn im administrativen Fache mit dem Range und den Genüssen eines Sekretärs und in provisorischer Weise stattfinden könne. Sollte diese Verwendung seinen Wünschen entsprechen, so haben Sie das Weitere wegen Verwirklichung derselben einzuleiten»[38].

Von einer Verwendung Baumgartners bei der Tiroler Landesregierung hat Metternich gar nichts mehr gesprochen. Das war auch ganz natürlich, denn er durfte ohne Gefahr nicht wagen, ein fertiges Geleise wegzureißen, ohne ein anderes schon gelegt zu haben.

Baumgartner wurde sofort auf die befohlene Weise von der kaiserlichen Entschließung benachrichtigt. In einem unterm 6. Februar 1848 an das Hofkammerpräsidium gerichteten Schreiben antwortete er, daß er «schon vor Erhalt eines Bescheides eine Reise nach Wien beschlossen habe, teils um sich zu erholen, teils um für die Überlegung seiner Angelegenheit jene Hilfsmittel zu finden, die ihm allein seine persönliche Anwesenheit in Wien und ein längerer Aufenthalt daselbst darbieten» könnten[39]. Er hielt wohl das Amt eines Sekretärs für eine recht mindere Stellung, zumal er nicht wußte, daß der berühmte Inspektor v. Negrelli auch nicht viel mehr Gehalt bezog. Kurz, Baumgartner zögerte mit der Annahme; und wie unklug er damit getan, sollte er bald zu seinem Schaden erfahren.

Bis hieher hat Baumgartner alles, was sich auf seine Bemühungen um eine österreichische Anstellung bezog, verschwiegen. In dem ihm von seinem Sohne gewidmeten Buch lesen wir zum erstenmal in einem Briefe, den der Alt-Landammann dem Dichter Joh. Jak. Reithard am 16. Jänner 1848 schrieb, die Mitteilung, daß er ein Unterkommen in Österreich suchen wollte: «Ich will mit Abhilfe nicht warten, bis wir vor lauter Kon-

[38] Ebenda.

[39] Der Brief liegt nicht vor; der Inhalt ist im Vortrag der Hofkammer vom 2. April (s. unten) angegeben.

servatismus selbst alles verloren und nichts behalten haben»[40]. Und die an seine Frau gerichteten Briefe, in denen Baumgartner ziemlich einläßlich seine Bittgänge zu Wien anfangs 1848 beschrieb, deuten das in Frage gestandene Amt nicht einmal an[41].

Baumgartner reiste am 2. März von St. Gallen ab. In Innsbruck besuchte er den Grafen Brandis, der ihn wohl von dem unternommenen Schritt unterrichtet und mit Hoffnung erfüllt haben wird. Verhängnisvoller Weise machte er dann den Umweg über Padua und kam in den Abendstunden des 13. März 1848 in Wien an. Die Revolution war ausgebrochen, Metternich demissionierte am Abend desselben Tages — Baumgartners Schicksal war damit entschieden.

Mit Staunen fand der Alt-Landammann am 15. März, daß sich ein Frankfurter Blatt bereits mit seiner Person und voraussichtlichen Anstellung in Österreich beschäftigte. Wir dürfen ihm glauben, daß diese Indiskretion irgendwo in Wien begangen worden und auf dem Weg über Bern — aber nicht durch die österreichische Gesandtschaft, wie Baumgartner meinen mochte; diese war damals in Neuchâtel — zur öffentlichen Kenntnis ohne sein Mitwissen kam. Negrelli gab sich alle Mühe für den Schweizer Freund. Aber den erkrankten Baron Kübeck konnte Baumgartner nicht besuchen und mehrere Audienzen bei dem Erzherzog Johann halfen nicht weiter, trotz ausdrücklicher Versprechungen. Der Erzherzog war ja von den Behörden gar nicht unterrichtet über die betreffenden Verhandlungen und die kaiserliche Entschließung, hatte auch, den Geschäften fernstehend, keine Möglichkeit, sich der Sache anzunehmen. Übrigens hat Baumgartner selbst, der diesen wirklichen Tatbestand gewiß kannte, nichts aufgezeichnet. So konnte sein Sohn zu dem irrigen Schluß kommen: «Der Kaiser scheint auf die Verwendung des letztern [Erzherzogs Johann] die Anstellung Baumgartners bewilligt zu haben. Anstatt ihn aber anzustellen, wies das Finanzministerium die Sache an das Ministerium des Äußern zurück»[42]. Es zeigt sich eben auch

---

[40] Al. Baumgartner S. J., a. a. O., S. 320.

[41] Daß der Biograph Al. Baumgartner S. J. das Angebot der Sekretärstelle kannte, ist a. a. O., S. 325, ersichtlich.

[42] Ebenda. S. 326.

hier, daß selbst das Wenige, das Baumgartner jemals über seine persönlichen Beziehungen zu Österreich mitteilte, für die Erkenntnis der Wahrheit ziemlich wertlos ist.

Erst in Wien und recht spät, am 20. März, erklärte sich Baumgartner brieflich dem Baron Kübeck gegenüber bereit, die angebotene Stelle anzunehmen, doch mit Beifügung der Klausel: er «vertraue aber auf die Regierung, daß seine bloß provisorische Verwendung im allerhöchsten Dienste nur die Bedeutung habe, daß dadurch einer allfälligen Versetzung zu anderweitiger als der eben jetzt angewiesenen Stellung nicht vorgegriffen, seine Zukunft aber darum nicht bloßgestellt sein soll, so wie daß Schritte von seiner Seite, die er vorzunehmen gedenke, um sein neues Verhältnis mit dem Range, den ihm seine bisherige Laufbahn angewiesen, in besseren Einklang zu bringen, nicht übel gedeutet werden wollen»[43].

Fassen wir rasch zusammen: Baumgartner hatte im zweiten Halbjahr 1847 unter Hinweis auf seine trostlose Lage alle zugänglichen Stellen flehentlich um eine Versorgung in Österreich gebeten und jedes beliebige Amt annehmen wollen. Metternich und Baron Kübeck taten das Mögliche und beide wurden vom Kaiser am 26. Jänner 1848 ermächtigt, den Bittsteller zu fragen, ob er einen gut dotierten Sekretärposten — der für ihn sogar neu geschaffen werden sollte — bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen annehme. Baumgartner verschob die Annahme um fast zwei Monate und erklärte sich in einem Augenblick, da die Verwaltung Österreichs aus den Fugen zu gehen schien und eine Menge von Beamten überflüssig wurde, hiezu bereit; doch auch nur mit einem Vorbehalt, der deutlich zeigte, daß die Stelle seinen Ansprüchen nicht genügte. Vielleicht war an dieser Sinnesänderung die Zusammenkunft mit dem Grafen Brandis schuld, der freilich einen angenehmeren Vorschlag gemacht hatte.

Es ist unter solchen Umständen begreiflich, daß Baron Kübeck jede Lust verlor, das, was er vielen Österreichern verweigern mußte, für den wählerischen Schweizer durchzusetzen. Die Lage

[43] Text nach dem Zitat im Vortrage der Hofkammer vom 2. April (s. unten).

des Kaiserstaates war zudem in jenen Tagen ganz anders geworden. Daher wandte sich das Hofkammerpräsidium an den neuen Minister des Äußern, Karl Ludwig Grafen Ficquelmont, mit der Frage, «ob es nun noch rätlich erscheine, einen, wenn auch sehr achtbaren Ausländer in Staatsdienst aufzunehmen»[44]. Noch leuchtete für Baumgartner ein Hoffnungsschimmer. Denn in der Antwortnote vom 28. März 1848 bestand Graf Ficquelmont darauf, daß der fragliche Dienstposten angewiesen werde, «weil die Krone in Bezug auf Treu und Glauben nicht bloßgestellt werden könne»[45].

Aber der Vizepräsident der Hofkammer, Joseph Mayer v. Gravenegg, als Stellvertreter Kübecks, gab sich nicht zufrieden und erstattete dem Kaiser unterm 2. April 1848 einen Vortrag, in dem er den bisherigen Lauf der Angelegenheit schilderte und also schloß: Weit davon entfernt, auch nur im mindesten die Meinung des Grafen Ficquelmont zu bezweifeln, würde die Hofkammer unverweilt dem Jakob Baumgartner den ihm zugedachten Dienstposten anweisen, wenn ihr der Kaiser dazu den Befehl gegeben hätte und die Entschließung vom 26. Jänner nicht eine bloße Ermächtigung enthielte. «Von der Zeit an, wo Baumgartner von der ihn betreffenden allerhöchsten Entschließung in Kenntnis gesetzt ward, bis zu dem Tage, wo er seine Annahmserklärung abgegeben hat, haben sich die Verhältnisse mächtig geändert; es ist zu besorgen, daß selbst von den jetzt im Staatsdienste befindlichen Individuen nicht wenige in Quieszenz verfallen dürften; die Staatsbedürfnisse haben sich vermehrt, die Einnahmen sind im Sinken, und somit jeder Schritt, der dem Staate eine neue Last auflegt, bedenklich, besonders wenn er die Kreierung eines nicht notwendigen Dienstpostens betrifft, die Aufnahme der Ausländer in den Staatsdienst längst unpopulär ist und es jetzt gewiß nicht weniger ist. Dazu kommt noch, daß Baumgartner seine Reise nach Wien nicht infolge der ihm bekanntgegebenen allerhöchsten Entschließung angetreten hat, sondern um sich zu erholen und zu verpflegen, und die Annahme des ihm zugedachten Posten nicht ohne Bedingung ausgesprochen

[44] Ebenda.

[45] Ebenda.

hat». Mayer v. Gravenegg wollte Baumgartners Dienstantritt nur dann einleiten, wenn der Kaiser die «auf den gegenwärtigen, früher nicht vorhanden gewesenen Verhältnissen beruhenden Bedenken» durch einen besonderen Befehl behob[46].

Mit diesem Vortrag hatte sich nicht mehr die Staatskonferenz, sondern der neugeschaffene Ministerrat zu befassen. Am 9. April 1848 wurde darüber im Beisein aller sechs Minister verhandelt. Die Meinungen vereinigten sich dahin, daß die Bedenken der Hofkammer begründet und die Anstellung Baumgartners nicht zeitgemäß sei. Anderseits aber wurde betont, daß die Baumgartner eröffnete kaiserliche Entschließung eine Anwartschaft auf die in Aussicht gestellte Beamtung gab. Schließlich fand sich der Mittelweg, den Alt-Landammann «so zu behandeln, als ob er ein infolge administrativer Maßregeln disponibel werdender k. k. Staatsbeamter wäre», und ihm die einjährigen Gebühren von 1640 fl. als Abfertigung anzuweisen[47].

Damit war der Kampf um eine österreichische Anstellung für Baumgartner erledigt. Er erfuhr diesen Ministerratsbeschluß durch eine «bestimmte Anzeige» aus dem Ministerium des Äußern[48]. Doch in die Heimat schrieb er weder von dem wahren Verlauf der Sache noch von dem Empfang des immerhin hübschen Sümmchens ein Wort. Wohl aber merkte er an, daß nur Intriguen an der Erfolglosigkeit seiner Mühen schuld waren und die Wühlereien «untergeordneter Beamter», denen die Akten über seine Verhandlungen mit Kübeck in die Hände fielen und die «mit einem Schein von Wahrscheinlichkeit ein ganzes Gewebe von Verdrehungen und Unwahrheiten daranhängten» und ihn öffentlich diskreditierten. Dadurch seien die Behörden eingeschüchtert worden und hätten keinen weiteren Schritt zu seinen Gunsten gewagt[49]. Daß Baumgartners Name damals unangenehm in die Wiener Öffentlichkeit drang, ist richtig; aber das hatte gar keinen Einfluß auf das Schicksal seiner Sache.

---

[46] W. St. A., Kabinettsakt No. 1262, Konf.-Z. 467/1848.
[47] W. St. A., Ministerratsprotokoll No. 106/1848.
[48] Al. Baumgartner S. J., a. a. O., S. 329.
[49] Ebenda.

Der Alt-Landammann schrieb diese Begründung gegen sein besseres Wissen.

Am 30. April 1848 reiste Baumgartner von Wien nach der Schweiz zurück und kam am 8. Mai in St. Gallen an. Er tröstete sich, so gut es ging, und gründete wieder eine Zeitung, «Die Neue Schweiz», deren erstes Blatt unterm 1. Juli 1848 erschien. Wenn wir davon absehen, daß zwei Jahre später sein Sohn Leo durch Negrellis Hilfe k. k. Ingenieurassistent wurde,[50] so hatten im April 1848 die Beziehungen Gallus Jakob Baumgartners zu Österreich ihr Ende gefunden.

Daß diese Beziehungen ihm schließlich keinen Nutzen brachten, daran war er hauptsächlich selber schuldig. Von Baumgartner läßt sich nicht, wie vielleicht von Siegwart-Müller, sagen, daß er ein Opfer der österreichischen Politik geworden. Denn er hat selbst die Fühlung mit dieser Politik gesucht und obendrein mit der wohlüberlegten Absicht, einen Handel mit persönlichem Nutzen abzuschließen. Österreich hat sich nie geweigert, ihm den verlangten Preis zu zahlen; daß Baumgartner diesen im allerletzten Augenblick durch eigene Unklugheit verscherzte, ist eine Sache für sich. Durch vorliegenden Beitrag zu seiner Biographie wird sich die geschichtliche Bedeutung des Menschen und Staatsmannes Baumgartner nicht verringern. Wenn aber die Bedeutung im Sinne von Größe gefaßt werden will, dann wird, bei aller Rücksicht auf menschliche Schwäche, nun eine Änderung eintreten müssen.

Beilage I.

Zu Seite 413.

Baumgartner an Effinger-Wildegg.

Bern, 29. März 1841.

(W. St. A., Beilage zu Metternichs Vortrag vom 31. März 1842. — Kopie.)

Wenn ich bisher nur in ämtlichen Verhältnissen E. H. Teilnahme oder Mitwirkung in Anspruch nahm, so kann nur ein Zusammentreffen außerordentlicher Beweggründe mich veranlassen, ein Gleiches in einer bloßen Privatsache zu tun, und voraus in einer solchen, die mich persönlich berührt. Ich fühle das ganze Gewicht einer Unbescheidenheit, gegen die

[50] Über Negrellis Bemühungen für Baumgartner 1848 vgl. auch A. Birk, a. a. O., S. 208.

ich mich nicht vollständig außer Schuld zu setzen wüßte, glaube indessen in E. H. Persönlichkeit etwelche Aussicht auf billige Beurteilung meines Schrittes finden zu können. Ich hoffe, diese nicht vergebens angesprochen zu haben.

Seit nun bald 21 Jahren im St. Gallischen Staatsdienste, mit vielem, wenn auch bei weitem nicht gerechtfertigtem Zutrauen umgeben, sollte in gewöhnlichen Umständen auch von ferne her der Wunsch nach einem Wechsel der Lage in mir nicht aufsteigen können. Dessen ungeachtet ist es geschehen, und schon vor längerer Zeit geschehen, doch eben nur darum, weil mich keine gewöhnlichen, sondern sehr verwickelte, in ihrer weiten Entfaltung nicht leicht zu enträtselnde Umstände und Verhältnisse umgeben. Ich will E. H. von den schwierigen Umständen der Schweiz überhaupt nicht unterhalten. Sie beurteilen dieselben zuverlässig richtiger und unbefangener als ich, werden aber in eigenen Betrachtungen kaum zu andern Resultaten gelangen als diejenigen, die sich mir selbst aufdrängen. Ebensowenig wickle ich vor E. H. Besorgnisse auf, die sich auf meinen eigenen Kanton beziehen. Es ging bisher gut in demselben; allein das Unstäte allgemein schweizerischer Verhältnisse wirkt auch nachteilig auf die leidlich und ordentlich einherschreitenden Kantone ein, und selbst im günstigsten Falle hat ein Geschäfts-, Regierungs- oder Staatsmann, wie man ihn etwa nennen will, falls er das Unglück hat, die Mittelmäßigkeit auch nur um einiges zu überragen, wenn nicht mit trüben Schicksalen, doch mit der Aussicht auf solche zu kämpfen. Wenig geleitet durch solche Betrachtungen, und der Zukunft noch jederzeit ohne besondere Besorgnis mich zuwendend, konnte ich hingegen im Laufe der Zeit mich einer innern Mahnung nicht erwehren, daß ich mindestens Kräfte und Gesundheit für eine unsichere Zukunft in einem Maße opfere, wie es ein pflichttreuer Familienvater sich nicht wohlbedacht zu Schulden kommen lassen darf. Unser schweizerisches Amtsberufsleben, wie es unter fortwährenden Reibungen und Störungen mancherlei Art auf Geistes- und Körperkräfte einwirkt, ist aufzehrender, aufreibender Art, und raubt zum voraus alle Geschäfts- und Gemütsruhe, die man in guten Jahren der Jugend zwar weniger hochschätzt, aber in die Länge nicht im Übermaß entbehren kann. Es mußte daher in mir der Wunsch rege werden, wenn möglich, meine Lage so zu verändern, daß die gefährlichsten Feinde einer leidlichen Zukunft für mich überwunden wären. Schwer nur konnte ich dem Gedanken Raum geben, vielleicht zu diesem Zwecke sogar mein Vaterland zu verlassen, dem ich mich so gerne bis zu den letzten Stunden meines Lebens geweiht haben würde; allein es gibt Rücksichten, besonders solche, die man sich selbst schuldig ist, welche alle übrigen weit überwiegen, und letztere nicht aufkommen lassen dürfen. Meine Jahre sind gezählt, jetzt stehe ich noch in einem Alter, das eine Veränderung meiner Verhältnisse gestattete, nach einigen Jahren dagegen dürfte ich zu solchen mich weniger leicht mehr entschließen können.

Wenn ich an diese Veränderung, mit einem Worte, an ein anderweitiges Unterkommen dachte, so zogen meine Neigungen mich jederzeit nach Deutschland hin und voraus nach dem Lande, das E. H. bewohnen.

Ich zweifle zwar, ob es für einen Fremden ein so Leichtes ist, auch nur einem aus der großen Zahl der Eingeborenen, die sich zum Staatsdienste herandrängen, den Rang abzulaufen. Indessen mögen auch Umstände und Bedürfnisse vorwalten, welche die Anstellung von Ausländern teils legitimieren, teils wirklich begünstigen.

Bevor ich indessen irgendwelche weitere Schritte tue, wollte ich die Freiheit nehmen, E. H. klugen Rat in dieser Sache mir zu erbitten, da niemand besser als Sie mich zu belehren imstande ist, ob irgend eine Aussicht auf Eintritt in österreichischen Staatsdienst sich denken und mit einiger Hoffnung verfolgen lasse, oder ob ich einen solchen Gedanken schlechterdings aufgeben muß.

Meine Neigungen sind vorzüglich dem administrativen Fache zugewendet, vielleicht auch daß ich nicht ganz unglücklich wäre in Abteilungen der Staatskanzlei, die es nicht geradezu mit der hohen Diplomatie zu tun haben.

Eine solide und dabei nicht allzu knappe Existenz würde ich immerhin einer mehr hervortretenden, die mitunter nur auf Kosten der Gemütsruhe einigen Glanz gewährt, vorziehen, jedenfalls würde ich den Wünschen derjenigen Personen zu entsprechen suchen, die mir ihre Gunst angedeihen ließen. Billigen Forderungen schmeichle ich mir, genügen zu können, obwohl ich andern und mir zum voraus zurufen muß, daß die gutmütige Fama mich hier und da gar zu günstig behandelt hat. Auf Treue und Loyalität von meiner Seite dürfte man unbedingt zählen.

Sollten E. H. meinen Plan nicht als ganz hoffnungslos ansehen und mir Ihren gütigen Beistand nicht versagen, so werden Sie selbst am besten die Mittel und Wege aufzufinden wissen, die die Erfüllung meiner Wünsche erleichtern könnten. Ob es ratsam, ja möglich ist, diesfalls einige Worte mit S. D. dem Fürsten von Metternich zu wechseln? Auch dies muß ich E. H. selbst anheimstellen. Doch wäre wenigstens meine Persönlichkeit kein Hindernis hiegegen. Noch vor wenigen Tagen war ich im Falle, durch den Hn. Gfen von Bombelles aus besonderm Auftrage Sr. Durchlaucht viel Schmeichelhaftes über meine vaterländischen Leistungen und insbesondere noch Äußerungen zu vernehmen, die jeden Zweifel heben, als ob etwa meine Persönlichkeit an sich und meine bisherigen Schicksale ein Hindernis einer etwaigen Anstellung in Österreich sein könnten. Streife ich von solchen Mitteilungen die äußere Schale ab, so bleibt immer noch so vieles, das volle Beruhigung geben kann.

Veranlassung und Zweck meines Schreibens sind nun sattsam auseinandergesetzt. Seinem Inhalte zufolge ist es ein E. H. anvertrautes Geheimnis, und der erste und einzige Schritt, der bisher in dieser Sache geschehen. Ich nahm Anstand, dem Hn. Gfen von Bombelles auch

nur Andeutungen zu geben, und es sollte auch ferner unterlassen werden können, weil ich sonst Gefahr laufe, von Mund zu Mund durch die ganze Schweiz getragen zu werden. Auch Freunde und Bekannte sind ebenso wenig von meiner Absicht unterrichtet, und sollte sie je in Erfüllung gehen können, so müßte ich sie vermöge ihrer Natur noch wenigstens bis zu meinem Austritte aus dem St. Gallischen Staatsdienste geheim halten, will ich mir nicht Anfeindungen und Verdruß aller Art in hohem Maße zuziehen.

E. H. gütige Antwort, falls Sie Stoff finden, mich mit einer solchen zu beehren, erwarte ich in St. Gallen, da, wie ich hoffe, die Tagsatzung sich mit Ende dieser Woche auf weiteres vertagen und mir erlaubt wird, am 4. oder 5. April in den heimatlichen Kanton zurückzureisen.

Ich verharre u. s. w.

Beilage II.

Zu Seite 416.

Baumgartner an Effinger-Wildegg.

St. Gallen, 27. April 1841.

(W. St. A., Beilage zu Metternichs Vortrag vom 31. März 1842. — Kopie.)

Mein ursprünglicher Vorsatz war, Ew. H. mit einem einzigen Briefe zu belästigen, oder mir für einen zweiten Brief nur den Dank für gütige Beantwortung vorzubehalten. Ich gestehe aber offen, daß Sie durch die einläßliche Erwiderung vom 15. (die mir am 20. d. M. einging) mein Vertrauen zu E. H. Gewogenheit und Umsicht in einem Maße gesteigert haben, das verführerisch zum Mißbrauche reizt. Ich nehme mir indessen fest vor, vorwurfsfrei zu bleiben, und erbitte mir daher von E. H. nur noch gefällige Mitwirkung zu einigen einleitenden Schritten.

Von den Schwierigkeiten allen, die sich der Ausführung meines Vorhabens entgegentürmen werden, hatte ich mir zwar ein mehr als helldunkles Bild schon früher gemacht. Nichtsdestoweniger vermochte nur die ganz vollständige Beleuchtung aller Verhältnisse, wie ich sie in E. H. Briefe gefunden, meine Blicke in die Zukunft vollends in's Klare zu setzen. Und das war's, was ich vor allem aus wünschen mußte und wirklich gewünscht habe. Ich konnte daher auch nur sachgemäß finden, daß Sie eine wenigstens etwas eilig scheinende Mitteilung an den Fürsten Staatskanzler unterlassen und vorgezogen haben, mich erst auf das Terrain zu führen. Ebenso sehr war ich mir der Rücksichten bewußt, die ich E. H. amtlicher Stellung schuldig bin, und die Ihre Dazwischenkunft schlechterdings inner gewissen Schranken zu halten gebieten. Ich sah ein, daß ich mich zwar nur an den Privatmann wendete, daß aber dieser, in den Beziehungen zu hohen Staatspersonen, mit dem Diplomaten in Eines übergeht, und geflissene Unterscheidungen nur vergebliche Mühe wären; da-

her ich mit Fragen und Erkundigungen anhob und wesentlich nur mit solchen fortzusetzen mir erlaube.

Acht Tage lang nahm ich mir Zeit, um E. H. Zuschrift wohl zu überlegen. Grund zur Verzichtleistung fand ich darin nicht, obwohl ich mit mir vollkommen darüber im Reinen bin, daß ich mich weder durch andere überschätzen lassen, noch selbst in zu hohem Fluge mich versteigen soll. Mein früherer Brief enthält hierüber schon die erforderlichen Bekenntnisse. Hingegen glaube ich die richtige Überzeugung geschöpft zu haben, daß ein unmittelbares Schreiben von meiner Seite, an Seine Durchlaucht, schon jetzt, ohne alle weitere Vorbereitung, und als isolierter Schritt, leicht das Schicksal haben dürfte, das gewöhnlich Anmeldungen ohne gehörige Stufenfolge begleitet. Dies, und Zweifel, auf welchem Wege ein Schreiben an den Fürsten am schicklichsten abgesendet werden dürfte, Zweifel, die ich mir nicht selbst lösen konnte, sind Ursache, daß ich für einmal noch mit einem solchen Schritt zurückgehalten habe. Es boten sich drei Wege dar: Übersendung durch die Post. Geht sie an in Fällen, die gewiß passendere Kommunikations-Mittel zulassen? — Mitteilung durch Hn. v. Bombelles? Könnte gehen unter Vorwand, dem Fürsten mit ein paar Worten schriftlich eine gewisse frühere Eröffnung zu verdanken, hat aber ihre großen Übelstände, da sie zu leicht und zu früh auf den wahren Zweck der Korrespondenz führen dürfte, der in Bern nicht bekannt werden sollte. — Mitteilung durch Ihre privative Dazwischenkunft? Dafür fand ich keine Andeutungen in Ihrem Briefe, als die Eröffnung Ihrer anfänglichen Absicht, meinen ersten Brief dem Staatskanzler vorzuweisen.

Mein Nachdenken hat sich nun auf zwei Punkte fixiert:

1.) auf den ergebensten Wunsch, daß E. H. sich entschließen möchten, derjenigen Äußerung, die der Fürst Staatskanzler am Abende des 11. bezüglich meiner fallen ließ, bei erster Gelegenheit die offene Insinuation folgen zu lassen, daß ich mit dem Gedanken einer Ansiedlung in Österreich umgehe, wenn ich Hoffnung haben könnte, eine, meinen Neigungen zusagende Stellung gewinnen zu können, und daß Sie selbst im Besitze vertraulicher Mitteilungen seien, die über meine Absichten keinen Zweifel lassen;

2.) auf den Entschluß, dem Fürsten allerdings, und ganz nach Ihrem weisen Rate, in einem nächst zu erlassenden kurzen Schreiben, mit Worten des Dankes für mehrerwähnte Eröffnung, zugleich meine Dienste anzubieten.

Mit Erlaß dieses Schreibens gedachte ich nur so lange zuzuwarten, bis ich E. H. Ansicht über die schicklichste Versendungs- und Übergabsweise werde vernommen haben. Entscheiden E. H. für die Post, so befolge ich den Rat unverzüglich, doch mit Vermeidung des St. Galler Postarrondissements; wenn für Herrn von Bombelles, so werde ich (immerhin unter den schon geäußerten großen Bedenken und in der Erwartung, daß

Sie dies selbst abraten) gleichwohl nicht verlegen sein, mit Berufung auf ein paar frühere Unterredungen wenigstens insoweit anzuknüpfen, als es die Versendung des Briefes erfordert. Fänden E. H. endlich in Ihrer amtlichen Stellung kein wesentliches Hindernis, sich mit der Übermittlung des Briefes in irgend einer von Ihnen selbst zu bestimmenden Weise zu beladen, so würden Sie mich zu neuem Danke verpflichten. In allen Fällen aber tritt die Notwendigkeit hervor, daß der Fürst, wenn anders mein Anliegen der Umstände oder der Person wegen nicht geradezu abgelehnt wird, einen vertrauten Drittmann bezeichne, der sich über die, mir allenfalls anzubietenden Aussichten näher einlasse, und hinwieder meine Wünsche und Eröffnungen entgegennehme; denn ich halte an dem Gedanken fest, E. H. nur um die ersten und allgemeinsten Insinuationen zu behelligen, wie solche in allen Verhältnissen zulässig und gangbar sind, einläßliche sachbezügliche Unterhandlungen dagegen der Disposition der beteiligten hohen Person anheimzustellen.

Ich erbitte mir nun E. H. gefällige Rückäußerung über dasjenige, was mir nach Obigem noch zu wissen nötig, vor allem aber, die Gunst, daß Sie mich von den lebhaftesten Gesinnungen des Dankes und der Anerkennung durchdrungen glauben wollen, für die ebenso edle, als einsichtige Weise, mit der Sie meine Mitteilung und meine Wünsche aufgefaßt, beurteilt und zu meinem eigenen Besten zu wenden gesucht haben.

Und hier fühle ich mich nun noch gedrängt zu einigen weiteren vertrauten Eröffnungen, in deren Besitz Sie notwendig sein müssen, wenn anders nicht manches in meinem Benehmen, für Sie und andere ein Rätsel, vielleicht auch die Veranlassung zu späteren Nachfragen dieser und jener Art, denen ich lieber zuvorkomme, sein oder werden soll.

E. H. waren durch meinen ersten Brief nicht ganz mit Grund überrascht. Die wenigen folgenden Zeilen mögen Sie hievon überzeugen. Vor 1830 gehörte ich zu der großen Zahl jüngerer (und älterer) Schweizer, welche einige Verbesserungen der öffentlichen Zustände wünschten; unsere Meinung war im allgemeinen, durch höchst achtbare Männer repräsentiert. Ich nenne niemanden. Andere traten auf und gaben mit den Massen den Ton an. Ich widerstand dahier, aber vergeblich. Nun war mir nur noch die traurige, doch wichtige Aufgabe beschieden, den Kanton aus dem Schlunde der eingebrochenen Anarchie zu retten, und unter den ungünstigsten Umständen, auf die Stufe von Solidität zu heben, derer er sich neben andern zu freuen hatte, und wohl jetzt noch freut.

Ich nahm das gar nicht Gesuchte im Frühjahr 1831 an — aus Pflichtgefühl bloß, im Drange der allgemeinen Bewegung, meinen Neigungen entgegen, und insbesondere mit dem Wunsche, später meinem ganzen Lebenslauf eine solidere Grundlage zu geben, als die Gegenwart und die wahrscheinliche Zukunft darzubieten schien. Von dann an aber, drängte ein Jahr das andere; ich opferte mich und eine kostbare Zeit, immer eines ruhigen Momentes gewärtig, der mich endlich bestimmen möge. Ich

habe daher zwar wohl manches für das Gemeinwesen geleistet, aber nichts für mich; habe, um aufrichtig zu sein, noch kein Schicksal und keine Zukunft, und der Kanton kann mir jenes und diese nicht geben. Die Magistraturen sind infolge von hundert einwirkenden Umständen, Marterstellen geworden, die alles Lästige untergeordneter Beamtungen, mit der schweren Verantwortlichkeit der höchsten Staatsämter verbinden, für alles vereint aber keine Kompensation darbieten als diejenige, die im Bewußtsein treu erfüllter Pflicht gefunden werden kann, die gegenteils jeden, der sich nicht ganz zum Werkzeuge der Umstände und zum nachgiebigen Knecht der Tonangeberei des Tages erniedriget, über kurz oder lang zum Opfer gelegentlicher Zeitenwenden prädestinieren. Dergleichen mag noch gehen für Leute, die wenig leisten, und von denen man auch nicht viel fordert. Umgekehrten Falles aber ist das Mißverhältnis nicht annehmbarer Art. — Es sollte besser werden können für mich, so dachte ich oft. Ich will aber mein Vaterland nicht verlassen aus Mißbehagen, sondern weil ich glaube: einen schönen Teil meines Lebens und meiner Kräfte ihm in Treue gewidmet zu haben, und nun befugt zu sein, über den Rest zu besserer persönlicher Annehmlichkeit zu verfügen. Das letztere nun aber kann ich in der Schweiz schwerlich; ich habe, wie jeder Vierziger, schon meinen pli; er führt mich am natürlichsten immer wieder in den Staatsdienst (nicht zu Sinekuren, die ich nicht wünsche und nicht suche, wohl aber zu einem Wirkungskreise, der nicht, gemütaufreibend, den Menschen vor der Zeit verzehre). Kombination und Zufall vereint, mögen mir irgendwo die rechte Stelle anzuweisen wissen. — In meinem Familienverhältnisse liegt kein Hindernis meiner Übersiedlung; ich werde sehr frei über mich verfügen können. Meine etwas ergriffene Gesundheit kann und wird sich wieder stärken bei mäßigerer Anstrengung und bei geringerer politischer Sorge. Meine Ansprüche gehen eigentlich nicht weiter, als diejenigen sind, die ein pflichttreuer Familienvater von nur wenigen Kindern sich überhaupt stellen muß, Ansprüche, die aber hierzulande nicht standesgemäß befriedigt werden; eine sicherere Zukunft für mich und meine Familie, als die hiesige ist, würde wesentlich meine Entschlüsse leiten, sowie die Gewißheit, daß mein künftiger Wirkungskreis mit dem jetzigen in einigem Ebenmaß stehe. Würde eine weitere Bestimmung sich eröffnen, so nähme ich sie als eine Gabe hin, derer ich mich würdig zu machen habe. — Vorangängigen formellen Austritt aus dem hiesigen Staatsverbande u. dgl. müßte ich, ganz besondere Umstände abgerechnet, als ein Hindernis meines Vorhabens ansehen, da man sich zu solchem doch erst entschließen soll, wenn man ein zweites Vaterland gefunden und sich mit ihm identifiziert hat. Den Austritt aus dem St. Gallischen Staatsdienste verschiebe ich für einstweilen, bis die Korrespondenz mich dem Ziele näher gerückt hat.

So mißlich es ist, von sich selber zu schreiben, so mußte ich mich zu Vorstehendem doch entschließen. Es war ein unerläßlicher Nachtrag

zu meinem ersten Briefe. Ich ersuche E. H., diesem Teile meines Briefes keine andere wohlwollende Deutung zu geben.

Genehmigen etc. etc.

Beilage III.

Zu Seite 424.

Negrelli an Baumgartner.

Wien, 9. August 1841

(W. P. A., Fasz. 1562 von 1841, No. 947. — Kopie.)

Als ein aufrichtiger Freund der Schweiz bedaure ich den Verlust, welcher ihr bevorsteht; allein andererseits kann ich wohl begreifen, daß am Ende das Hemd näher dem Leibe steht als der Rock und daß ein Mann, der tief in die Verhältnisse des Landes einsehen kann, und keinen endlichen Standpunkt darin erblickt, als Vater hauptsächlich bedacht sein muß, seine Zukunft vorerst zu bedenken. Die Sache hat mich während meiner ganzen Reise [1] sehr beschäftigt, und ich hätte nicht ermangelt, an einem gewissen Orte (Fürst M[etternich]) davon zu sprechen, wäre derselbe nicht gleich nach meiner Ankunft unpäßlich geworden und darauf abgereist [2]; wodurch mir die Möglichkeit benommen wurde, vor dem Herbste die Sache näher auszuspinnen.

Auch die einflußreichsten Mitglieder des Staatsrates und vornehmlich aber die Erzherzoge sind meistenteils abwesend, und somit ist jetzt unmöglich, etwas hierin zu wirken. Nur mit B. v. Effinger habe ich ein paar Worte gewechselt, welcher vermög Ihrer Äußerung in die Sache eingeweiht ist — doch nur motivierend und durchaus nicht einläßlich, weil der Zeitpunkt, zu wirken, wie gesagt, nicht da ist. Für das Innere oder Privatunternehmungen dürfte es nicht so leicht sein. Ersteres ist über[be]setzt — in letzten möchte ich nicht einen Mann sich verlieren sehen, der die Fähigkeiten besitzt, Großes zu leisten. Also das Äußere sei vorerst die Tür, welche diesem Mann geöffnet werden soll. Von dort kann dann ein Übergang in die höhere Kategorie der innern Administration leicht bewerkstelligt werden. Mit Gfen. Bombelles wird die Herstellung eines vertrauten Einvernehmens von bester Wirkung sein. Sein Bruder [3] am hiesigen Hofe hat ebenfalls vielen Einfluß und er gilt an einem gewissen Orte sehr viel. Sie werden mich sehr verbinden, wenn Sie mich benachrichtigen wollen, wie weit Sie sich mit ihm eingelassen haben, um seinerzeit meine Schritte darnach einzurichten. —

---

[1] Aus der Schweiz, wo Negrelli im Juni 1841 in Neuchâtel ein Gutachten über Flußregulierung abzugeben hatte, nach Österreich zurück.

[2] Metternichs Erkrankung 11. Juli, Abreise nach Königswart in Böhmen 17. Juli 1841. Vgl. Aus Metternichs nachgel. Papieren, 6. Bd., S. 493 f.

[3] Heinrich Graf Bombelles, erst Diplomat, dann Erzieher der Söhne des Erzherzogs Franz Karl.